

Gemeinwesenarbeit und Eigenständige Regionalentwicklung

Erfahrungsbericht über 25 Jahre ländliche Entwicklungsarbeit

Entstehung der Gemeinwesenarbeit (GWA) im Waldviertel

Aktivitäten und Projekte im Sinne der GWA wurden vom mir in Marbach am Walde im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit im Dekanat Zwettl initiiert und gemeinsam mit ehrenamtlichen MitarbeiterInnen umgesetzt. Meine Motivation war, meine praktischen Erfahrungen und theoretischen Kenntnisse der Gemeinwesenarbeit in einem ländlichen Gebiet zu erproben. Deshalb entschied ich mich, nach meinem Studium der Pädagogik und Politikwissenschaften sowie nach meiner dreijährigen Tätigkeit als Zentralsekretär der Katholischen Jugend Land Österreichs als Jugendleiter in einem benachteiligten ländlichen Gebiet zu leben und zu arbeiten. Als Student spürte ich die große Kluft zwischen Theorie und Praxis, als Zentralsekretär die Interessensunterschiede zwischen VertreterInnen der Zentralstellen und der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen an der Basis. In Gemeinweseninitiativen der Landjugend erlebte ich die Diskrepanz zwischen konkreten Veränderungswünschen und der fehlenden praktischen Umsetzung. Im Rahmen meiner Tätigkeit in der Landjugend entwickelte ich die Strategie der aktivierenden Befragung in Orientierung an Paulo Freires Konzept der Bewußtseinsbildung. Unter meiner Leitung haben wir die aktivierende Befragung mehrmals in verschiedenen Dörfern durchgeführt und in kurzer Zeit erstaunlich viele Ergebnisse erzielt und Ansatzpunkte zur Veränderung ausgearbeitet. Wir stellten jedoch fest, dass nur wenige Anregungen zur Veränderung auch in die Tat umgesetzt wurden. Einerseits war es nicht leicht, Betroffene zur Mitarbeit zu gewinnen und andererseits gab es auch entwicklungshemmende Faktoren, die nicht von einer Zentralstelle aus bearbeitet werden konnten. Daher bewarb ich mich als Jugendleiter für das Dekanat Zwettl, eine ländliche Region, um das Konzept der Gemeinwesenarbeit an der Basis zu erproben, das heißt, Initiativgruppen zu gründen, Analysen durchzuführen, Aktionen zur Verbesserung der Situation zu setzen und die Umsetzung zu begleiten. Ich bekam die gewünschte Anstellung als Jugendleiter und zog mit meiner Familie nach Marbach am Walde. Meine Tätigkeit als kirchlicher Jugendleiter begann ich mit 1. September 1978. Meine Aufgaben dabei waren vor allem, Jugendgruppen aufzubauen und zu leiten, die Koordination des Dekanatsteam, Informationsarbeit, Weiterbildung u.a.m. Mein Hauptinteresse lag jedoch an der Initiierung und Begleitung von Aktivitäten zur Gemeinwesenentwicklung. Daher gründete ich einen "Arbeitskreis Land" mit älteren Jugendlichen und Erwachsenen, die Interesse an einer Veränderung der schwierigen Situation in dieser benachteiligten ländlichen Region hatten. Im Sinne der GWA war der erste Schritt eine umfassende Analyse der Ausgangslage durch aktivierende Befragungen und durch Bearbeiten von einschlägiger Literatur, Expertengespräche und Besuche von Tagungen sowie Exkursionen zu Beispielsprojekten. Kontakte zu anderen Gruppen mit ähnlichen Problemen wie zur Österreichischen Bergbauernvereingung (ÖBV) waren besonders informativ und motivierend für die Ermutigung zur Eigeninitiative, weil es bereits erfolgreiche Beispiele für die Umstellung auf Biolandbau oder erste Ansätze der gemeinschaftlichen Direktvermarktung gab. Die wichtigste Herausforderung war aber zunächst eine profunde Analyse der Ausgangslage als Verwurzelung eines neuen Konzeptes der GWA. Nur wer den genauen Ausgangspunkt kennt, kann den Weg zum Ziel bestimmen. Durch mehrere Befragungen in der Kleinregion wie in Marbach am Walde, in Rappottenstein, in Langschlag, in Rastenfeld sowie durch Literaturstudium und Expertendiskussionen wurde die wirtschaftliche und soziale Situation erfasst, interpretiert und von mir zusammengefasst. Einige Hauptergebnisse referierte ich im Rahmen einer Enquete zum Start der Sonderaktion des Bundeskanzleramtes in der Fachschule Edelhof. Die Vertreter der Politik und Interessensvertretung waren teilweise sehr erzürnt über die Ergebnisse meiner Analysen und vor allem über die Interpretation der Ursachen der entwicklungshemmenden Faktoren, obwohl es die Ergebnisse aus Befragungen der Waldviertler Bevölkerung waren. Es gab in der Folge heftige Kritik und von einigen politischen und kirchlichen Vertretern Interventionen bei meinem Arbeitgeber (Diözese St. Pölten), mich zu kündigen sowie Diffamierungen einzelner Mitarbeiter. Anstatt die Ursachen von Entwicklungshindernissen zu bearbeiten, bekämpften Vertreter der Politik und Interessensvertretung jene, die die Kritik der Bevölkerung aufzeigten. Auch die Mitorganisatoren Dr. Günter Scheer und Franz Rohrmoser wurden kritisiert. Sie hätten ein solches Referat nicht zulassen dürfen. DI Adolf Kastner,

Direktor der Fachschule Edelhof, wurde gerügt, denn er hätte die Räume für eine solche Veranstaltung nicht zur Verfügung stellen dürfen. Andererseits haben unsere Analysen breites Interesse bei überregionalen Vertretern der Raumplanung, der Sozialwissenschaften, einschlägigen Fachzeitschriften u.a. hervorgerufen. Durch meine erfolgreiche Jugend- und Gemeinwesenarbeit erlangte ich überregionale Bedeutung, sodass es zu keiner Kündigung kam. Die konkreten Diffamierungen gegen mich und gegen die MitarbeiterInnen durchzustehen, war eine Herausforderung. Eine große Hilfe dabei war die eindeutige Solidarität der MitarbeiterInnen der Gemeinwesenprojekte und vieler überregionaler Sympathisanten der kirchlichen Jugendarbeit und der ÖBV. Mir war als erfahrener Gemeinwesenarbeiter die Brisanz der Inhalte des Referates durchaus bewußt. Ich hatte auch "Alpträume" vor der Veranstaltung. Aber als Pionier für regionale Entwicklungsarbeit verspürte ich die Mission, durch die "grüne Hölle" gehen zu müssen. Heute wundert man sich bereits, warum es damals über diese Situationsanalyse so große Empörung gab. Nach fast 25 Jahren hat sich das politische Klima durch den gesellschaftlichen Strukturwandel und die Bemühungen der Informationsarbeit über Regionalentwicklung erheblich verbessert, wobei leider auch noch genügend Entwicklungshindernisse bestehen. In der Folge werden wesentliche Ergebnisse der Situationsanalyse angeführt.

Auszug aus den Ergebnissen der Analysen:

Ein wichtiges Ergebnis war die Erkenntnis, dass trotz verschiedener Förderungsmaßnahmen sich die Situation der strukturschwachen Gebiete im Vergleich zu strukturstarken (Ballungsräume, Zentralräume) laufend verschlechtert. Hauptprobleme sind: Wenig Arbeitsplätze, daher viel Abwanderung; weite Pendelstrecken; wenig Einkommen aus der Landwirtschaft; stark verschuldete Gemeinden; schlechte gesundheitliche Versorgung; Existenzkampf der Gewerbebetriebe u.a.m.

Die Tatsache, dass bestehende wirtschaftliche und politische Förderungsmaßnahmen, Aus- und Weiterbildungsvorgänge für Betroffene sowie Strategien der Raumplanung usw. nicht in der Lage sind, eine weitere Verschlechterung benachteiligter Gebiete zu verhindern und kaum geeignet sind, eine echte Innovation einzuleiten, ist Anlaß genug, sich massiv mit der bestehenden Situation auseinanderzusetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings, sich zunächst mit bestehenden Entwicklungshindernissen und deren Ursachen zu befassen. Es wird davon ausgegangen, dass es ein ganzes Bündel von Innovationsbarrieren gibt, die sehr stark miteinander verflochten und voneinander abhängig sind. Daher wird zunächst thesehaft auf die wesentlichsten Entwicklungshindernisse eingegangen, um aufbauend darauf Ansätze zur Verbesserung aufzuzeigen. Aus zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen (Dorfuntersuchungen, Literaturstudien, Arbeitseinsätze) wurden die folgenden Ausführungen abgeleitet.

Entwicklungshindernisse in strukturschwachen Gebieten

1. Naturgegebene und wirtschaftliche Entwicklungshindernisse

Strukturschwache Gebiete weisen eine Reihe natürlicher Benachteiligungen auf wie Entfernung von Markträumen, Klima, Bodenbeschaffenheit, Transportkosten, höhere Produktionskosten u.a.

Dazu kommt noch, dass es durch bestehende wirtschaftliche und politische Strukturen einen Umverteilungsprozeß von Peripherien in Zentren, von Ungunstlagen in Gunstlagen gibt. Liberale Wirtschaftssysteme zeigen eine Dynamik zur fortschreitenden Vergrößerung einmal gegebener ökonomischer Ungleichgewichte zwischen peripheren und zentralen Regionen.

Industrie und Gewerbe werden in Ballungsräumen konzentriert, dies schafft dort große Wohnungs- und Verkehrsprobleme und führt zur Entleerung der Randgebiete und damit zu zunehmenden Schwierigkeiten, diese zu erhalten. Für einen Unternehmer ist es fast immer rentabler, sich an einem zentralen Standort anzusiedeln, weil er dort Vorteile ohne Abgeltung bezieht (Banken, Bahn u.a.) und Nachteile seiner Standortentscheidung nicht bezahlt, sondern auf andere abwälzt (z.B. sinkende Lebensqualität in den zentralen Regionen, Umweltprobleme, lange Anfahrtswege zum Arbeitsplatz). Die profitreichere Verarbeitung von Rohprodukten geschieht vorwiegend in den Gunstlagen, strukturschwache Gebiete liefern billige Rohstoffe und kaufen teure Fertigwaren. Produzenten der Gunstlagen schaffen Überproduktion, aber die Kosten der Überproduktionsbewältigung tragen auch die Produzenten der Ungunstlagen. Unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen wird ein wachsender Teil der Förderungsmittel zur Erhaltung der Beschäftigung in Ballungsräumen verwendet.

Diese Liste läßt sich noch fortsetzen, z.B. wirkt sich jede Treibstoffteuerung stärker auf entlegene Gebiete aus. Dem Verhältnis Gunstlagen – Ungunstlagen liegt das bekannte Prinzip zugrunde: „Wer hat, dem wird gegeben.“

Durch diese natürlichen und strukturellen Bedingungen wird klar, dass strukturschwache Gebiete den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den Kernräumen und Gunstlagen mit den gängigen Mitteln der Intensivierung, Rationalisierung und Produktionssteigerung unmöglich durchhalten können. Dadurch wird auch erklärbar, warum die Situation im Grenzgebiet ständig schlechter wird. Das heißt aber auch, dass derzeitige Lösungsvorschläge der traditionellen Interessensvertretung in eine falsche Richtung gehen. Die genannten ökonomischen Gründe erklären sehr einleuchtend die Unterentwicklung strukturschwacher Gebiete. Dazu kommen aber noch eine Reihe politischer und sozialpsychologischer Entwicklungsbarrieren.

2. Politische Entwicklungshindernisse

Interessen politischer Parteien:

Natürlich setzen sich einige Vertreter in Wirtschaft und Politik für eine Verbesserung in benachteiligten Gebieten ein. Klar ist aber auch, dass es Hauptanliegen der Parteien ist, Wahlen zu gewinnen. Wahlen werden aber nicht in erster Linie mit Menschen in strukturschwachen Gebieten gewonnen oder verloren. Diese haben nämlich trotz existenzbedrohender Situation ein relativ stabiles Wahlverhalten. Wahlen werden gewonnen oder verloren mit einer größer werdenden Zahl von Wechselwählern (gut situierte Schichten) und dort, wo große Menschenmassen sind, nämlich in den Ballungsräumen. Bei den Parteien haben daher nicht die existenzbedrohten Menschen, sondern Menschen mit kritischem Wahlverhalten Vorrang. Das heißt aber, dass "von oben" her keine wirksamen Instrumente des Ausgleiches zu erwarten sind.

In der Politik geht es – wie allgemein akzeptiert – um die Durchsetzung von Interessen. Die Bevölkerungsmehrheit, die große Anzahl von politischen Vertretern und somit die Macht, liegt in den Gunstlagen. Sie haben außerdem mehr Information, bessere Ausbildung, kurzum weit mehr Durchsetzungsvermögen. Die kleine, schwache Minderheit in benachteiligten Gebieten wird überhört und überstimmt. Sie hat wenig Information, ist wenig konfliktfähig und hat daher nur geringes Durchsetzungsvermögen.

Entwicklungshemmend ist zum Teil auch das Verhalten der Parteien untereinander auf der untersten Ebene (Ort und Bezirk), das mehr durch Polarisierungen als durch echte Zusammenarbeit gekennzeichnet ist.

Aus diesen Gründen resultiert bei den Betroffenen eine große Unzufriedenheit in bezug auf politische Vertretung.

Interessensvertretung am Beispiel der Landwirtschaft:

Durch aktivierende Befragungen bei Bauern kam sehr deutlich heraus, dass viele Bauern den Eindruck haben, dass nicht ihre Interessen, sondern die der damit verbundenen Wirtschaftskonzerne vertreten werden. Bauern aus benachteiligten Gebieten meinen, dass die Interessensvertretung viel zu wenig zwischen der Situation der Bauern in Gunst- und Ungunstlagen unterscheidet, was sich nachteilig für Bauern aus schwachen Gebieten auswirkt. Die herkömmliche Bauernpolitik geht von einem fiktiven "einheitlichen Interesse aller Bauern" aus und berücksichtigt dabei nicht, daß es nur einem Teil der Landwirte gelungen ist, den Übergang von der arbeitsintensiven zur kapitalintensiven Landwirtschaft zu schaffen. Die "einheitliche" Bauernpolitik hat daher nicht dazu beigetragen, dass die wirtschaftlich schwächeren Bauern in ausreichendem Maße gefördert worden wären und hat dadurch den Trend zur Abwanderung aus der Landwirtschaft verstärkt. Der Abwanderungsprozeß wird ideologisch als notwendige Gesundschumpfung oder Strukturbereinigung gerechtfertigt.

3. Bildungsbarrieren und entwicklungshindernde Aspekte ländlicher Kultur

Die schulische Ausbildung bestimmt bei dem gegenwärtig erreichten Entwicklungsstand der Gesellschaft, der Politik und Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Kultur maßgeblich das Ausmaß der Selbstverwirklichung und die gesellschaftliche Stellung eines Menschen. Das Angebot an Bildungseinrichtungen ist aber regional sehr verschieden.

Es ist heute wissenschaftlich klar erwiesen, dass extreme Landregionen und allgemein untere Schichten bildungsmäßig benachteiligt sind. Es gibt eine Reihe von Bildungsbarrieren wie z.B. autoritäre

Erziehung (ist lernhindernd), Sprachbarrieren, geringerer Ausbildungsstand der Eltern, große Arbeitsbelastung, schlechte finanzielle Situation, geringeres Durchhaltevermögen in höheren Schulen.

Diese verschiedenen Barrieren vermindern für Kinder aus unteren sozialen Schichten den Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung; ein geringerer Ausbildungsstand bedeutet weniger Lernerfahrung; weniger Lernerfahrung schwächt die Lernmotivation; geringere Lernmotivation beeinträchtigt das Interesse am Lernen.

Dazu kommt noch, dass jene, die trotz dieser Barrieren eine qualifizierte Ausbildung bzw. ein Studium absolvieren, aus Mangel an qualifizierten Arbeitsplätzen abwandern müssen.

Außerdem ist die schulische Ausbildung viel zu einseitig auf bloße Wissensvermittlung und Wettbewerb, aber kaum auf Konfliktbewältigung, Solidarisierung und Förderung der Kommunikation untereinander ausgerichtet.

Auch aus der Erwachsenenbildung ist bekannt, dass sich die Bevölkerung aus Randgebieten im Vergleich zu der in Ballungsräumen nur wenig an Bildungsangeboten beteiligt. Dies auch deshalb, weil die Bildungsangebote vorwiegend mittelschichtspezifischen Charakter haben. Der überwiegende Teil der Mittel aus der Erwachsenenbildung kommt der bildungsmotivierten Mittelschicht in Ballungsräumen zugute. Für Bildungsarbeit mit Benachteiligten, die viel schwieriger ist, aufwendige Werbemethoden und das Erproben situationsgerechter Modelle erfordert, gibt es nur wenig Mittel.

Die bestehenden kulturellen Einrichtungen hindern ebenfalls vielfach eine Problembewältigung, weil ihre Wertvorstellungen und ihre Inhalte veraltet sind und keine Antwort oder Hilfe zur Auseinandersetzung mit der existenzbedrohenden Situation geben. Z.B. gehen Theaterstücke á la "Löwinger", die in ländlichen Gebieten von Laienspielgruppen häufig gespielt werden, nicht nur völlig an der Realität vorbei, sondern schwächen den Rest an vorhandener Selbstachtung bei der ländlichen Bevölkerung und ihre Stellung in der Gesellschaft.

Der Pastoral am Land gelingt es mit wenigen Ausnahmen kaum, einen Beitrag zur Entwicklungsförderung zu leisten, obwohl das II. Vatikanische Konzil, die katholische Soziallehre und Beschlüsse des Österreichischen Synodalen Vorganges eindeutig einen Einsatz für benachteiligte Menschen fordern.

Durch die bestehenden Barrieren in den Bereichen Erziehung, Bildung, Kultur und Pastoral ist erklärbar, warum das Verhalten des Großteils der Bevölkerung durch folgende Verhaltensweisen gekennzeichnet ist:

- geringe Fähigkeit zur Kommunikation untereinander, geringe Eigeninitiative
- traditionelle Wertvorstellungen, gewisse Unbeweglichkeit
- widerspruchslose Eingliederung in bestehende Organisationsformen
- teilweise intolerant gegenüber Andersdenkenden und Außenseitern
- gewisse Unterwürfigkeit gegenüber Vorgesetzten und Autoritäten
- vorwiegend eine klare lebenslange Zugehörigkeit zu einer Partei.

4. Entwicklungshindernisse bei Betroffenen selbst

Die Bevölkerung in strukturschwachen Gebieten erlebt ihre harte Realität Tag für Tag. Ein Großteil davon ist aber nicht in der Lage, Ursachen und größere Zusammenhänge zu erkennen. Sie ist daher auch viel zu wenig bei der Suche nach Lösungen beteiligt. Diese Bevölkerungsschichten erlebten vielfach eine Geschichte der Unterdrückung, der Abhängigkeit, der Bevormundung (letztere besteht bis heute). Es gibt eine große Sprachlosigkeit untereinander, aber besonders nach oben hin, weiters geringes Selbstvertrauen und wenig Eigeninitiative. Menschen sind in hohem Ausmaß von ihren Umweltbedingungen abhängig. So ist es erklärbar, dass selbst die betroffene Bevölkerung Widersprüche unserer Gesellschaft verinnerlicht hat:

- gegenseitiger Wettbewerb (i hob mehr PS) anstatt Kooperation
- auf eigenen Vorteil bedacht anstatt Solidarität
- eher Mißtrauen und individuelle Lösungsversuche anstatt gemeinsames Suchen nach Alternativen, gemeinsam Forderungen durchzusetzen.

Auf die Frage an die Betroffenen über Zukunftschancen erhält man folgende Antworten: Ein Großteil meint, die Situation wird auch weiterhin noch schlechter werden. Oft kommt wie aus der Pistole geschossen: katastrophal; triste; bin froh, dass ich schon so alt bin; äußerst schwierig; weiß nicht, wie es weitergehen soll u. a. Welche Auswirkungen es mit sich bringt, wenn ein Großteil (vor allem der jungen Menschen) keine oder kaum Zukunftsaussichten sieht, ist schwer abzuschätzen. Folgende Tendenzen sind bereits feststellbar: Einige halten durch und sehen gewisse Chancen; viele wandern ab, weil sie hier keine Zukunft sehen und andere resignieren und wenden sich dem Alkoholkonsum zu, der nicht nur zu gesundheitlichen Schäden, sondern auch zu einem Zurückziehen aus der aktiven Lebensbewältigung führt (bzw. auch zu rasantem Autofahren mit vielen (auch tödlichen) Unfällen. Anstehende Probleme werden dadurch nicht gelöst, sondern stauen sich auf, was schließlich zu Resignation führt.

5. Hindernisse durch die traditionellen Sozialisationsbedingungen

Neben den aufgezeigten strukturellen Hindernissen analysierten wir die Wertvermittlung der wesentlichen Sozialisationsinstanzen wie Politik, Wirtschaft, Kirche, Schule und Familien. Wir stellten fest, dass bei allen Sozialisationsinstanzen auf folgende Werte besonders Bedacht genommen wurde: Gehorsam, Leistung, traditionelle Wertvorstellungen, "Unterwürfigkeit" gegenüber Vorgesetzten, kritiklose Eingliederung, klare Parteizugehörigkeit u.a.m. Dazu kommt noch eine geschichtliche Entwicklung, die durch Feudalherrschaft geprägt ist. Eine differenzierte Aufstellung über die Wertvermittlung siehe unveröffentlichtes Manuskript "Regionalentwicklung durch GWA im Waldviertel" (Rohmoser, Gföhl 1980)

6. Schlußfolgerungen:

Eine Veränderung der bestehenden Wertvorstellungen und Lebensverhältnisse ist aus mehreren Gründen schwierig. Thesen zu den Sozialisationsbedingungen: Relativ wenige Personen, die in der Regel gut zusammenwirken, verfügen über ein politisches und wirtschaftliches Einflußmonopol (Regionalkaiser). Die bestehenden Sozialisationsinstanzen ergänzen und verstärken einander (geschlossenes System). Geschlossene Systeme prägen nachhaltig. Unterwürfiges (verinnerlichtes) Verhalten stärkt das bestehende System. Thesen zur regionalen Situation: Die Lage in strukturschwachen Gebieten wird trotz der bestehenden Regionalförderungen schlechter. Da die Ursachen der Benachteiligung vielschichtig sind, bedarf es auch vielschichtiger Ansätze. Es gibt keine Patentlösung für regionale Entwicklungsarbeit. Nur ein gemeinsames Ringen um viele neue Ansätze unter aktiver Mitarbeit der Betroffenen führt zu nachhaltiger Entwicklung.

Konzeptionelle Ansätze zur Verbesserung

Nur durch ein massives Umdenken aller Beteiligten (Politiker, Interessensvertretung auf allen Ebenen und der betroffenen Bevölkerung) ist eine Veränderung der Situation möglich. Eine Verbesserung muß sowohl auf die ökonomische als auch auf die sozialpsychologische Situation abzielen. Das heißt, nur wirtschaftliche Förderung ohne entsprechende Bildungsarbeit, nur Bildungsarbeit ohne konkrete Hilfen im wirtschaftlichen Bereich führen aufgrund der bestehenden Entwicklungshindernisse in eine Sackgasse. Da die Ursachen der schwierigen Lage sehr vielschichtig sind, müssen auch Ansätze zu einer langfristigen Veränderung vielschichtig sein. Weiters müssen die Ursachen der Situation berücksichtigt werden.

Ansätze bei der Wirtschaft:

Es geht darum, bewährte Wirtschaftszweige zu erhalten und zu intensivieren, zusätzlich jedoch neue Leitideen und Produktionsformen zu schaffen, die vor allem vom Prinzip der Aktivierung und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung ausgehen. Weitere Gesichtspunkte sind: Anstreben zahlreicher Formen der Zusammenarbeit unter den Betroffenen selbst und zwischen Bevölkerung aus Peripherien und Bevölkerung aus Zentren. Forschen nach Marktlücken z.B. für spezifisches Handwerk (Produkte,

die arbeitsintensiv sind, geringe Transportkosten haben und dezentral möglich sind); Direktvermarktung von bestimmten Produkten; alternativer Tourismus, vor allem Gesundheitstourismus; kleindustrielle und handwerkliche Veredelung; alternative Energie; Arbeitnehmerselbstverwaltung u.a.m. In dieser Richtung muß man sehr kreativ sein, es gibt keine Patentlösung für solche Gebiete.

Ansätze bei der Politik und Interessensvertretung:

Um die Umverteilung von Ungunstlagen zu Gunstlagen zu stoppen, und um einen Ausgleich zu schaffen (nicht Almosen, sondern Rückgabe), müßten alle Parteien zugunsten dieser Regionen zusammenarbeiten.

- Bei allen Beratungen über Lösungsmöglichkeiten die betroffene Bevölkerung einbeziehen.
- Finanzielle Unterstützung der Eigeninitiativen von Basisgruppen.
- Erhaltung und Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze.
- Forschen nach Marktlücken, alternative Energiegewinnung u.a.m.

Die Interessensvertretung müßte sich auf die tatsächlichen Interessen der betroffenen Bevölkerung sowie auf die Gründungsprinzipien von Raiffeisen rückbesinnen. Besonderer Berücksichtigung bedürfen die Disparitäten zwischen verschiedenen Gebieten. Für strukturschwache Gebiete soll unter Einbeziehung der Betroffenen ein eigenes Konzept geschaffen werden.

Ansätze von den Betroffenen selbst:

Eine wirksame Lösung dieser Probleme kann langfristig nur erreicht werden, wenn die betroffene Bevölkerung selbst tatkräftig mitarbeitet, Lösungsstrategien weitgehend selbstbestimmt in die Hand nimmt.

Man kann nicht erwarten, dass die Umverteilungsmechanismen von Ungunstlagen zu Gunstlagen von selbst unwirksam werden. Man kann auch nicht erwarten, dass jene, die von dieser Situation profitieren, daran etwas ändern werden. Die Betroffenen selbst sind am meisten an einer Lösung interessiert. Dazu ist aber ein Vorgehen nach dem Konzept der GWA oder anderen erprobten Strategien erforderlich. Eine wichtige Voraussetzung ist die persönliche Motivation zur Veränderung und die Erkenntnis, dass die bestehende Situation ein Ergebnis politischer und kultureller Entscheidungen ist, also strukturell bedingt und daher auch verändert werden kann. Wichtig ist, zwischen individuell-personenbedingten und strukturellen Ursachen unterscheiden zu lernen. So mancher Kleinbauer oder Gewerbetreibende, der in einer Ungunstlage Opfer des Strukturwandels geworden ist, erlebt dies als persönliches Versagen, obwohl strukturelle Gründe ausschlaggebend waren. Dies auch deshalb, weil vielfach die Auffassung besteht, "wer tüchtig ist, kommt immer durch", d. h. unausgesprochen, wer nicht "durchkommt" (aus welchen Gründen auch immer), ist untüchtig und daher nur selber schuld an der Existenzkrise.

Ansätze in der Bildungs- und Kulturarbeit:

Um die Bildungsbenachteiligung unterer Schichten und in strukturschwachen Gebieten zu beheben, müssen **neue Modelle in Richtung Animations-, Informations- und Beratungstätigkeit im Sinne der Gemeinwesenarbeit** geschaffen und erprobt werden. Dazu bedarf es:

- genügend gut ausgebildeter hauptamtlicher Animatoren und GemeinwesenarbeiterInnen
- genügend regionaler Kommunikationszentren
- größerer finanzieller Unterstützung
- schaffen und erproben neuer Bildungsinitiativen für Zielgruppen, die bisher kaum von Angeboten der Erwachsenenbildung Gebrauch machten
- gezielter Forschungsarbeit in diesem Bereich.

Ein neues Modell diesbezüglich war die aktivierende Bildungsarbeit in Marbach am Walde im Bezirk Zwettl.

Soweit der Auszug aus den Analysen der Situation und Anregungen zu neuen Ansätzen, die zu Beginn der GWA im Waldviertel zwischen 1978 und 1980 erarbeitet wurden.

Drei Pionierprojekte mit weitreichenden Folgen:

Aktivierende Bildungsarbeit im Sinne von GWA im Waldviertel

Zielrichtung der aktivierenden Bildungsarbeit:

Die Bildungsarbeit soll einen Beitrag zur Chancengleichheit leisten, zur Kommunikation und Solidarisierung befähigen sowie Kreativität und Eigeninitiative unterstützen. Sie soll befähigen, die Grundrechte der Gesellschaft für sich und seine Berufsgruppe wahrzunehmen und ungerechte Strukturen zu verändern sowie beim Aufarbeiten verinnerlichter Widersprüche helfen.

Erziehung und Bildung sollen das Einüben partnerschaftlicher, demokratischer Verhaltensweisen fördern wie Kommunikationsfähigkeit, Partizipation, Autonomie. Es geht um die Befähigung Betroffener zur aktiven Beteiligung an Überlegungen und Entscheidungen in Vereinen, Genossenschaften etc. sowie am gesamten Gemeinwesen.

Das Verhältnis zwischen Animator und Lernenden soll durch einen Dialog (P. Freire), d. h. durch partnerschaftlich-herrschaftsfreies Verhalten gekennzeichnet sein. Dieser Dialog ist unvereinbar mit autoritären Formen.

Weiters geht es um eine Reflexion der bestehenden Kulturinhalte in bezug auf entwickelungshemmende Tendenzen und um die Schaffung neuer Leitbilder in Richtung Kreativität, Aktivierung, Schreiben und Aufführen von aktivierenden Theaterstücken, Malen usw.

Hauptaufgabe von Bildung und Kultur ist es, eine Hilfestellung für die betroffene Bevölkerung zur Selbsthilfe zu leisten. Im Sinne der kirchlichen Soziallehre und des II. Vatikanischen Konzils müßte auch die Kirche einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Situation leisten.

Ansatzpunkte und Schwerpunkte der aktivierenden Bildungsarbeit:

Der Zugang zur Bevölkerung wurde z.T. durch die Aktivitäten im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit ermöglicht. Durch den Aufbau eines "Arbeitskreises Land" (AK-Land) wurde ein spezieller Kontakt zur bäuerlichen Jugend und zu deren Eltern hergestellt. Damit wurde die regionalpolitische Arbeit von mehreren Personen getragen. Insbesondere hat sich in diesem Bereich der Bergbauer Hans Hörth engagiert. Im Winter 1978/79 arbeitete er auf Werkvertragsbasis mit. Die Mittel dazu wurden von der ÖBV aufgebracht. Die Aktivitäten des AK-Land waren: Umfassende Bewußtseinsbildung durch regelmäßige Treffen zu verschiedenen Themen, die Teilnehmer betreffend (Situation daheim, Maschinenring, die Bearbeitung der Geschichte der Bauern, Austausch mit anderen Gruppen mit ähnlicher Thematik). Darüber hinaus setzte er Aktivitäten nach außen: Gespräche mit Bauern, Diskussionen über Maschinenring, Exkursion zu alternativen, landwirtschaftlichen Betrieben, Verkaufsausstellungen, Arbeitseinsätze bei Bauern mit Katholischer Jugend Land Österreichs. Weiters erfolgte eine kritische Kulturarbeit durch Schreiben von Gedichten und Umtexten von Liedern sowie Theaterseminare zur Erarbeitung eines aktivierenden Bauerntheaters, das von Hans Hörth in eine dichterische Fassung gebracht wurde. Teilnehmer des AK-Land studierten das Theaterstück ein und führten es im Rahmen der Österreichischen Bergbauernvereinigung, der Katholischen Jugend Land, beim Dreimonatskurs der Katholischen Sozialakademie, in der Pfarre Wien-Floridsdorf und an anderen Orten auf. Der Titel des Theaters lautete: "Hans in der Klemme, wer hilft?" Es ging um den Strukturwandel in der Landwirtschaft und um die Rolle der Beratung und der bäuerlichen Organisationen. Es folgen zwei Strophen des Gedichtes "Diagnostisches Chemiekonglomerat" von Hans Hörth, als Beispiel einer konfliktorientierten Bearbeitung ländlicher Kultur:

"Vor vielen, vielen Jahren
hat ein Bauer mal erfahren,
dass er viel mehr Ertrag kriegt,
wenn er mehr Chemie auf's Feld gibt.
Jetzt bekämpft er nicht mit der Hand;
Er zieht mit der Chemie übers Land.
Da gibt es gegen's Unkraut Herbizide,
gegen Insekten helfen Insektizide
und Schadpilze töten Fungizide,
aber auch die anderen Wesen werden müde.

Früher war düngen eine Plag´,
jetzt liefert Handelsdünger den Ertrag.
Stickstoff gebe man als Nitrat,
Phosphor hat man natürlich als Phosphat.
Es wimmelt von Silikaten und Sulfaten
in landwirtschaftlichen Fortbildungsinternaten.
Und der Bauer wird nicht menschlich,
aber sicher chemieähnlich.
Und am Ende gibt er wie zum Hohn
der Chemie seinen Ertrag zum Lohn.

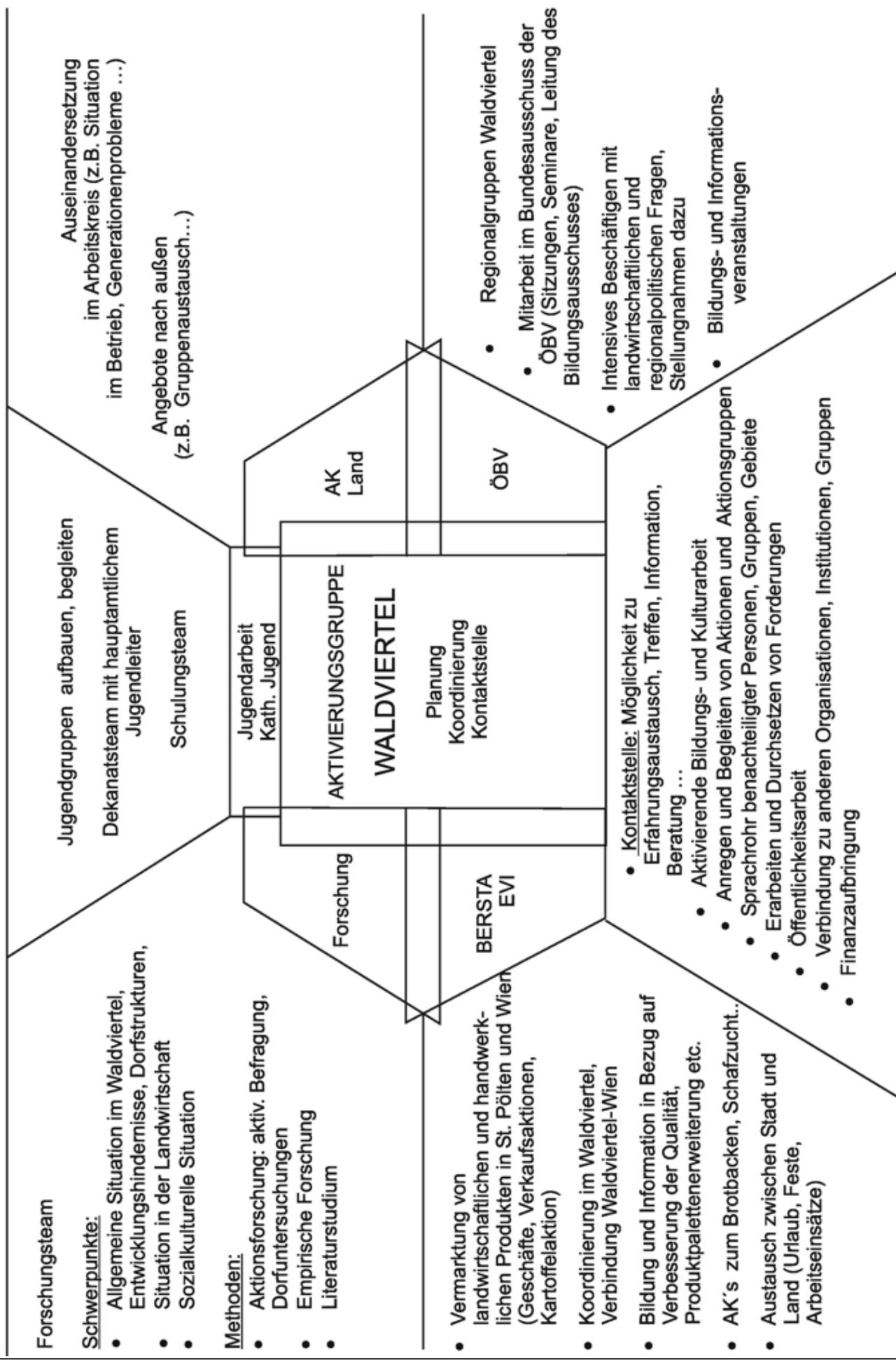
Eine weitere wichtige Vertrauensbasis und der Zugang zu Kleinbauern wurde durch eine Kartoffelaktion, getragen von AK-Land und Österreichischer Bergbauernvereinigung - ÖBV, geschaffen. Durch die direkte Vermarktung von 50.000 kg Kartoffeln, vor allem in Wien, erfuhren die dabei beteiligten Bauern eine spürbare finanzielle Hilfe. Weiters erfolgte bald darauf die kontinuierliche Abnahme einiger Produkte wie Eier, Brot, Speck u.a. durch Verkaufsausstellungen und den ÖBV-Laden in Wien. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Versammlungen abgehalten. Analysen über die bestehende Situation der Benachteiligung durch Dorfuntersuchungen und Seminare wirkten ebenfalls ermutigend, neue Initiativen zu setzen. Der Pfarrhof in Marbach am Walde wurde zur Anlaufstelle einer neuen Entwicklungsarbeit. Ein kleines Managementbüro (Infostelle, Pressearbeit, Produktkoordination u.a.), Seminarraum, Matratzenlager, Lagerräume als Sammelstelle für bäuerliche Produkte bildeten die Drehscheibe für Gemeinwesenarbeit.

Alle diese Faktoren brachten ein dichtes Netz persönlicher Beziehungen, eine Vertrauensbasis und erleichterten u.a. die Gründung einer neuen Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft.

Bereits 1980 habe ich hauptamtliche GemeinwesenarbeiterInnen in der Region mit wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklungsaufgaben gefordert. Die Zeit schien reif dafür zu sein. In der Folge entstanden Konzepte und Organisationen für hauptamtliche MitarbeiterInnen wie die RegionalbetreuerInnen, ArbeitsmarktbetreuerInnen, DorferneuerungsbetreuerInnen, regionale Bildungs- und KulturarbeiterInnen, UmweltberaterInnen, Regionalisierung der Erwachsenenbildung u.a.m. Schließlich flossen meine Erfahrungen der Aktivierungsarbeit im Waldviertel und meine theoretischen Grundlagen der Gemeinwesenarbeit in die spätere Tätigkeit als Geschäftsführer (ab 1988) bei der arge region kultur ein. Das Konzept für die Einreichung bei den Förderungsstellen lautete: "Aktivierungsarbeit für Kultur und Bildung im ländlichen Raum".

Das Modell der Aktivierungsarbeit von damals umfaßte folgende Bereiche: kirchliche Jugendarbeit, Arbeitskreis Land, Regionalgruppe der ÖBV, Projektarbeit (BERSTA und EVI) und Forschung (siehe grafische Darstellung):

MODELL EINER AKTIVIERENDEN BILDUNGS- UND KULTURARBEIT IM WALDVIERTEL



Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften und Direktvermarktung

Gründung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft mit Sitz im Waldviertel

Die vorangegangene aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit, ausgehend von Marbach am Walde / Zwettl war eine wichtige Voraussetzung für die Gründung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA (Genossenschaft BERgSTAdt). Die Notwendigkeit der Bildungsarbeit wird auch durch die vorangegangene Analyse einsichtig. Ein Bauer, der bereits Mitglied bei mehreren traditionellen Genossenschaften wie Lagerhaus, Molkerei u.a. ist, entschließt sich nicht nur durch Vorträge, Flugzettel oder ein Gespräch zur Mitarbeit in einer **neuen Genossenschaft**. Er macht dabei erst mit, wenn er die Verantwortlichen persönlich kennt, mit ihnen gute Erfahrungen macht und er sich eine spürbare Hilfe erwartet. Die Vertrauensbasis wurde durch die Aktivitäten des AK - Land, die persönlichen Kontakte und durch die Kartoffelaktion geschaffen.

Die Gründung der BERSTA wurde weiters durch Impulse von außen unterstützt:

Österreichische Bergbauernvereinigung - ÖBV: Indem die Initiatoren von AK-Land und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Mitglieder der ÖBV waren, haben sie in ihrer Tätigkeit eine wesentliche Hilfestellung von der ÖBV erhalten, z.B. Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Gruppen, Kontakte zu Städtern durch die Ausstellung "Bergbauern gehen neue Wege und suchen neue Verbündete" 1979 in Wien, Mithilfe bei der Kartoffelaktion, Finanzierung von Spesen in der Aufbauphase.

Konsumentengruppe in Wien: Weiters hat eine Konsumentengruppe in Wien wesentlich am Aufbau der Genossenschaft mitgewirkt. Diese Gruppe entstand anlässlich einer Ausstellung der ÖBV "Begegnung Stadt – Land" in Wien. Die Konsumentengruppe überlegte Möglichkeiten, natürliche Qualitätsprodukte direkt von Bauern zu bekommen. Durch die Ausstellung in Wien und die ÖBV kamen die Vertreter des Arbeitskreises Land und die Vertreter der Konsumenten miteinander in Kontakt und arbeiteten in der Folge beim Aufbau einer Direktvermarktung zusammen. Als Rechtsbasis wurde eine neue Form der Genossenschaft gewählt. Viel Arbeit war es, die Statuten zu erarbeiten und ein Einverständnis zwischen Produzenten und Konsumenten zu erreichen. Von der Konsumentengruppe war viel Einsatz erforderlich, um die Voraussetzungen für den Verkauf zu schaffen (Geschäftseinrichtung, Verkaufsorganisation, Werbestrategie u.a.). Weiters wurde die Entwicklung der BERSTA im betriebswirtschaftlichen und finanziellen Bereich vom Berglandaktionsfonds unterstützt und es bestand auch eine Zusammenarbeit mit dem Bergbauerninstitut in bezug auf Spezialfragen der Landwirtschaft, durch Seminare und Beratungstätigkeit.

Durch die Initiativen in Wien und im Waldviertel und durch die Zusammenarbeit in einem Proponentenkomitee kam es schließlich zur Gründungsversammlung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA am 4. Juni 1980 in Marbach am Walde. Im September 1980 gab es bereits 49 Konsumenten- und 20 Produzentengenossenschafter. Der Vorstand und der Aufsichtsrat wurden paritätisch von Bauern- und KonsumentenvertreterInnen gebildet. Für die Weiterentwicklung der Genossenschaft war viel an begleitender Informations- und Bildungsarbeit erforderlich. Es war viel zu tun in bezug auf Qualitätsverbesserung der Produkte, Umstellung auf biologischen Landbau, Rechnungswesen, Organisation des Transportes, Erstellung von Qualitätsrichtlinien u.a. Um die gewünschte Qualität bei der Veredelung der Produkte zu erreichen, war noch viel Diskussion, Information und Beratung erforderlich wie z.B. Exkursionen zu biologischen landwirtschaftlichen Betrieben; Tagung über biologischen Gartenbau und Besichtigungsfahrt; Lehrfahrt in die Steiermark zu Fam. Kappl über Brotbacken; Arbeitskreis über Schafzucht; ein Seminar über das Selchen und Herstellen von Speck. Durch intensive Auseinandersetzung wurde die Zusammenarbeit und Solidarität unter den Bauern, zwischen Bauern und Konsumenten und zwischen den Konsumenten verbessert. Es galt, Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen den Bauern zu überwinden wie gewisses Mißtrauen untereinander, auf eigenen (finanziellen) Vorteil bedacht, wenig Bereitschaft, sich gegenseitig zu beraten (z.B. Rezepte austauschen), Versuche, die Produktionsrichtlinien zu umgehen u.a. Durch die Erkenntnisse aus der Analyse der Sozialisationsbedingungen wird verständlich, warum ein gewisses Mißtrauen gegenüber Kooperationen mit noch unbekanntem Partnern besteht. Neue Formen der Zusammenarbeit bedeuten Abbau von Vorurteilen und Aufbau einer neuen Vertrauensbasis und das ist ein längerer Prozeß.

Mit der Gründung der BERSTA wurden sehr hohe Ansprüche verbunden, die nicht so leicht einlösbar waren, wie z. B. hohe Preise für die Produzenten, günstige Preise für die Konsumenten, Selbstverwaltungsprinzip, rasche Expansion u.a. Bereits 1983 erzielte die BERSTA mit drei eigenen Geschäften €436 000,00 Umsatz. Die drei Geschäfte befanden sich im 7. Bezirk in der Spittelberggasse (erstes Geschäft ab 1980), im 16. Bezirk in der Yppengasse sowie im 13. Bezirk in der Altgasse. Zu dieser Zeit hatte die BERSTA bereits 240 Mitglieder, davon 50 Produzenten. Die großen Ansprüche, die rasche Ausweitung auf drei eigene Geschäfte mit erheblichen Investitionen und die hohen Transportkosten brachten die BERSTA in eine existenzbedrohende Finanzkrise. Einige Funktionäre wollten aufgeben. Ich setzte mich ganz entschieden für die Weiterarbeit ein und wirkte mit vollem Engagement mit Obmann Josef Kühböck sen. und weiteren BERSTA-Verantwortlichen bei der Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes mit. Das neue Reorganisationskonzept beinhaltete weitreichende Maßnahmen wie die Aufstockung der Genossenschaftsanteile, den Verkauf von zwei Geschäften 1984 und schließlich den Verkauf des dritten Geschäftes 1985. Damit konnte die Krise langsam überwunden werden. Mit den Inhabern der ehemaligen BERSTA – Geschäfte wurden Lieferverträge ausgehandelt, um so die weitere Vermarktung zu sichern und zusätzlich bemühte man sich in der Folge, weitere Naturkostläden zu beliefern. Die BERSTA entwickelte sich also vom ursprünglichen Ansatz einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft zu einer Produzentengemeinschaft. Schließlich stellte sich immer öfter die Frage, ob die Genossenschaft mit relativ hohem administrativen Aufwand noch die ideale Trägerschaft ist. Es gab ausführliche Diskussionen über die Vor- und Nachteile. Letzlich hat die Mehrheit der Mitglieder sich 1997 für eine neue Rechtsform, nämlich einen Verein entschieden und einen Beschluß zur Auflösung der Genossenschaft gefaßt. Die Abwicklung der Auflösung übernahm der damalige Obmann Franz Dietl. Der Verein BERSTA-Vermarktungsinitiative zwischen Bergbauern und Stadtbewohnern wurde am 30.12.1997 gegründet und orientiert sich im wesentlichen an den ursprünglichen Zielen der Genossenschaft. Erste Obfrau war Regina Guttmann und seit 2002 Josef Kühböck jun. Zur Zeit der Vereinsgründung wurde auch die Geschäftsabwicklung, d.h. Einkauf, Transport und Verkauf der BERSTA-Produkte auf eigene Rechnung und Gefahr an Hannes Stieger und Hannes Zottl übergeben und diesbezüglich eine Vereinbarung zur Wahrung der Interessen der BERSTA abgeschlossen. Der Verein BERSTA sorgt weiterhin für den Erfahrungsaustausch unter den Produzenten, die Förderung der Vermarktung, Kontakte zu Geschäftsinhabern durch Besuche und Kontakte zu Konsumenten durch gelegentliche Hoffeste u.a.m.

„Nach mühevollen Anfangsjahren entwickelte sich die BERSTA zu einer kompetenten Partnerschaft: Produzenten können durch den Absatz ihrer Produkte ihre Existenz sichern und Konsumenten können hochwertige biologische Lebensmittel direkt vom Erzeuger, aber mitten in der Stadt beziehen. Jeder Bauer, der Mitglied bei der BERSTA ist, bewirtschaftet seine Felder auf natürliche Weise ohne Einsatz künstlicher Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Er kennt sein Korn und veredelt es zu herrlich wertvollem, weil vollwertigem Gebäck, das dann in zahlreichen Naturkostläden angeboten wird. Viele der Brote werden noch in alten Backöfen von der Hitze des Feuers gebacken - so wie man es schon vor Hunderten von Jahren getan hat“. Auszug aus dem aktuellen Folder der BERSTA.

Erzeuger-Verbraucher Initiative - EVI: In Zusammenarbeit mit einer Initiativgruppe in St. Pölten kam es zur Gründung von EVI. Initiatorin war Gusti Reichel, die gemeinsam mit interessierten Konsumenten, Mitarbeitern der Katholischen Aktion und Waldviertler Bauern (Koordinierung Hans Hörth, Dr. Anton Rohrmoser) EVI gründete.

Die Initiativgruppe in St. Pölten schuf die Voraussetzungen für den Verkauf von Produkten aus der Dritten Welt, von benachteiligten Bauern bei uns sowie von biologischen Produkten.

Die Bedeutung EVIs für das Waldviertel bestand vor allem darin, dass die begonnene Direktvermarktung verstärkt wurde. D. h. die wöchentliche Lieferung von Waldviertler Produkten an „EVIs Gute Stube“ brachte für eine Reihe von Kleinbauern einen spürbaren Zuerwerb. Weiters wurde der bestehende Aktivierungsprozeß im Waldviertel durch persönliche Kontakte, Verkaufsstände, Feste, Weitergabe von Informationen positiv unterstützt und der Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten verbessert. Die direkte Zusammenarbeit mit Konsumenten war eine neue Erfahrung für die Bauern. Dabei gab es beiderseits viele Vorurteile abzubauen und es bedurfte (und bedarf) einiger Anstrengungen, jeweils den Erfahrungshintergrund des anderen zu verstehen. „Die Probleme der Bauern sind für die meisten Konsumenten und EVI-Mitarbeiter höchstens erahnbar, nicht aber miterlebbar. Das unmittelbare Problemerklebnis entsteht vielleicht durch die gemeinsame Preisgestaltung der

Produkte. Es ist verständlich, dass in bezug auf Preise zwischen Produzenten und Konsumenten unterschiedliche Interessen vorhanden sind“ (*Aussage eines Mitarbeiters von EVI St. Pölten*).

Positive Auswirkungen von BERSTA und EVI:

Ganzheitlicher Ansatz der regionalen Entwicklung:

Direktvermarktung durch BERSTA und EVI sind ein ganzheitlicher Ansatz zur Regionalentwicklung. Die Direktvermarktung verbindet wirtschaftliche mit sozialkulturellen Aspekten wie Aktivierung, Selbstbestimmung und Eigeninitiative der Beteiligten und Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein besonderer Vorteil ist die Verarbeitung von Produkten am eigenen Hof bzw. die direkte Vermarktung von Produkten und die Zusammenarbeit mit Konsumenten. Damit diese Kriterien zum Tragen kommen, war und ist aber viel an Informations- und Bildungsarbeit erforderlich.

BERSTA und EVI leisteten einen großen Beitrag zur Bewußtseinsbildung für ökologischen Landbau, für die Veredelung von bäuerlichen und kunsthandwerklichen Produkten und für die Direktvermarktung. Aufgrund dieser Initiativen entschlossen sich immer mehr Bauern, auf biologische Landwirtschaft umzusteigen. Biolandwirtschaft leistet auch einen wichtigen volkswirtschaftlichen Beitrag, weil diese Art der Bewirtschaftung zur Regeneration der Umwelt (Böden, Wasser, Tiere, Pflanzen, Krankheitsvorsorge durch gesunde Nahrungsmittel u.a.) führt. Der Schwerpunkt der Produktion liegt auf Qualität anstatt Quantität. Damit wird auch die weitere Überproduktion in der Landwirtschaft verringert, die große Verwertungskosten verursacht.

Regionalpolitische Bedeutung der neuen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften:

Die Initiativen im Waldviertel lösten eine enorme Vorbildwirkung auf das gesamte Bundesgebiet aus. In der Folge entstanden sehr viele Erzeuger-Verbraucher-Zusammenschlüsse. Unmittelbar nach der BERSTA entstand EVI, danach die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Mühlviertel-Linz - MÜLLI, die nach ähnlichen organisatorischen und rechtlichen Gesichtspunkten gegründet wurde und in der Anfangsphase sogar Produkte vom Waldviertel bezog. Weiters entstand eine Erzeuger-Verbraucher-Arbeitsgruppe in Steyr und eine Erzeuger-Verbraucher-Initiative in Graz u. v. a. m. Österreichweite Informationsarbeit über diese Initiativen wurde vor allem durch die ÖBV-Zeitung „Die Bergbauern“ geleistet. Diese Informationsarbeit war für bestehende aber vor allem für neue Initiativen ein wichtiger Beitrag zum Erfahrungsaustausch und fachliche Hilfestellung.

Selbstverwaltung

Entstehungsgeschichte der Selbstverwaltung im Waldviertel:

Die Belegschaft der Möbelfirma Berein in Zwettl, NÖ, ging vom 1. bis 16. August 1981 auf Betriebsurlaub. In dieser Zeit wurde der Konkurs angemeldet und der Betrieb blieb geschlossen. 50 Beschäftigte hatten dadurch ihre Arbeitsplätze verloren. Dieser Konkurs traf die Belegschaft besonders hart, weil sie z.T. vor einem Jahr (Betriebsbeginn war 1980) andere Arbeitsplätze aufgegeben hatten, um endlich einen Arbeitsplatz in der Nähe des Heimatortes zu haben. Es gab gute Arbeitsbedingungen: Neues Betriebsgebäude und Maschinen, ein gutes Arbeitsklima, angemessene Entlohnung. Hauptursache des Konkurses war eine mangelhafte Betriebsorganisation, fehlende Kostenrechnung und Planung u.a.m. Als ich vom Konkurs der Firma Berein aus der Zeitung erfuhr, nahm ich Kontakt mit dem ehemaligen Betriebsratsobmann Rupert Kammerer auf, um mit ihm über eine Einschätzung der Ursachen zu reden, und um abzuklären, ob Interesse für eine Weiterführung durch die Initiierung eines neuen Modells der Selbstverwaltung besteht. Rupert Kammerer war sehr an der Erhaltung der Arbeitsplätze interessiert und lud die gesamte Belegschaft zu einer Zusammenkunft ein, zu der ich Vertreter des Vereines "Studiengesellschaft Alternativ- und Sanierungskonzepte für Regionen und Betriebe" (ÖSB), Vertreter des Berglandaktionsfonds und Vertreter der Arbeiterkammer eingeladen hatte. Nach einer eingehenden Auseinandersetzung über die möglichen Ursachen des Konkurses und mit dem Modell einer Selbstverwaltung der ArbeitnehmerInnen waren 25 von den 50 Beschäftigten interessiert, den Betrieb in Selbstverwaltung weiterzuführen. Alle anderen konnten sich nicht entschließen, einen ideellen und materiellen Beitrag zur Erhaltung des eigenen Arbeitsplatzes zu leisten. Die verbleibenden 25 ehemaligen Beschäftigten der Firma Berein gründeten unter meiner Begleitung und unter Mithilfe der ÖSB eine Initiativgruppe zur Weiterführung der Möbelfirma in Selbstverwaltung. Als Geschäftsführer konnte Ing. Fritz Bergmann gewonnen werden. Ein Verhandlungskomitee, bestehend aus vier Belegschaftsvertretern, Fritz Bergmann und mir, wurde gebildet. Die Initiativgruppe und vor allem das Verhandlungskomitee haben in vielen Zusammenkünften den Konkurs

analysiert und ein neues Betriebskonzept mit Unterstützung von Dipl. Vw. Reinhard Nagel, ÖSB, und Mag. Horky, Arbeiterkammer, erarbeitet. Bei der Schaffung der rechtlichen Grundlagen (Verein der ArbeitnehmerInnen und GmbH.) unterstützte uns Rechtsanwalt Dr. Bichler. Durch sehr viele Verhandlungen mit öffentlichen Stellen des Bundes und des Landes von September '81 bis März '82 konnten wir bei den Vertretern des Bundeskanzleramtes und des Sozialministeriums Zustimmung erreichen, nicht aber beim Land Niederösterreich. Durch enorme Öffentlichkeitsarbeit, u.a. infolge einer Demonstration der Familien der ArbeitnehmerInnen vor dem Landhaus in der Herrengasse in Wien am 16. 12. 1981 und die Übermittlung von 600 Unterschriften der Zwettler Bevölkerung, erfolgte auch hier ein Einlenken. Die Weiterführung in Selbstverwaltung konnte trotzdem nicht realisiert werden, weil die Firma Anrei-Reisinger aus Oberösterreich mit großer finanzieller Unterstützung des Landes NÖ die ehemalige Firma Berein kaufte und als Zweigbetrieb führte. Damit war ein sieben Monate langer und intensiver Kampf um die Weiterführung der Möbelfirma in Zwettl in Selbstverwaltung abgeschlossen.

Gründung der Waldviertler Holzwerkstatt (WHS) in Göpfritz an der Wild:

Sieben Arbeiter, der Geschäftsführer Fritz Bergmann und ich gaben trotz aller Hindernisse nicht auf. Wir kamen überein, ein selbstverwaltetes Betriebsmodell in einer kleineren Variante zu versuchen. Wir erarbeiteten mit Hilfe von Mag. Reinhard Nagel ein neues Betriebskonzept und erreichten in Kürze eine Förderungszusage von Bundeskanzleramt und Sozialministerium. Außerdem konzipierten wir einen neuen Vorbereitungskurs für selbstverwaltete Betriebsführung. Das BFI NÖ war durch Interventionen des Sozialministeriums bereit, die Trägerschaft für den sechs Wochen dauernden Kurs (14. 4. bis 28. 5. 82) zu übernehmen. Der Kurs war auch eine wichtige zeitliche Überbrückung, denn der gesetzliche Anspruch auf Arbeitslosengeld war abgelaufen und es mußte erst eine geeignete Betriebsstätte gefunden, adaptiert und eingerichtet werden. Alle acht Kursteilnehmer wurden bei ihrer eigenen selbstverwalteten Firma beschäftigt: Hubert Lamberg, Sepp Kerschbaumer, Karl Auer, Erwin Stöllner, Reinhard Hofbauer, Robert Diessner, Ing. Emmerich Fessl, Ing. Fritz Bergmann. Am 1. Juni 1982 konnte die WHS den Betrieb aufnehmen. Die feierliche Eröffnung der WHS fand unter großer Beteiligung von Prominenz statt: Sozialminister Alfred Dallinger, Staatssekretär DDr. Nußbaumer, Dkfm. Kurt Graf (BKA), Labg. Anton Kozcur, Waldviertelbeauftragter des Bundes Josef Leichtfried, NR Rudolf Parnigoni, Bürgermeister der Region u.a. Nicht nur die Entwicklung der WHS war aufsehenerregend, sondern auch ihre Weiterentwicklung. Es gab eine rasche Aufstockung der Beschäftigten bereits im ersten Jahr auf 24, davon 7 Lehrlinge, darunter auch einige Mädchen. Die rasche Ausweitung war bedingt durch die Produktentwicklung und Erzeugung der "Waldviertler Spiellandschaften", neben der Produktlinie Möbel nach Maß. Diese rasche Ausweitung brachte aber auch eine Reihe von Problemen mit sich, großen Platzmangel, Schichtbetrieb, zusätzliche Ausstattung an Maschinen, Bemühungen um einen neuen Standort u.a.m. Das Kindermöbelprogramm, nach dem Design des Ehepaars Eva und Gottfried Tscheikner, wurde sehr gut angenommen. Eine außergewöhnliche Öffentlichkeitsarbeit sowohl durch das neue Betriebsmodell der Selbstverwaltung als auch durch das innovative Produkt der Waldviertler Spiellandschaften brachte einen großen Bekanntheitsgrad. Z.B. kamen zu einem zweitägigen Kundentreffen am 29. und 30. Juni 1985 700 Besucher, die neben einem Betriebsbesuch mit 14 Bussen Ausflugsziele im oberen Waldviertel besuchten.

Was bedeutet Selbstverwaltung:

Selbstverwaltung bedeutet, dass alle wichtigen Belange im Betrieb gemeinsam entschieden und festgelegt werden und dass alle MitarbeiterInnen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Selbstverwaltung bedeutet aber nicht, bei jeder kleinen Entscheidung eine Betriebsversammlung einzuberufen, sondern durch eine klare Entscheidungsstruktur und Betriebsorganisation grundsätzlich die Mitbestimmung in den wichtigen Bereichen zu ermöglichen. In der Ausführung besteht für Arbeiter und Geschäftsführer genügend Spielraum für eigenverantwortliches Handeln. Durch die rechtliche Basis - ein Verein der Beschäftigten in Verbindung mit einer GmbH. - sind alle ArbeitnehmerInnen gleichberechtigt. Strukturell waren die Bedingungen für die Selbstverwaltung bei der WHS gegeben, aber das Zusammenwirken untereinander nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung zu gestalten, erwies sich als ein langer und konfliktreicher Prozeß, bei dem die in einem traditionellen Betrieb üblichen Verhaltensweisen wie Mißtrauen, Konkurrenz, individuelle Konfliktlösung schrittweise aufgearbeitet und durch Verhaltensweisen wie Solidarität, Vertrauen, gemeinsam Lösungen erarbeiten usw. ersetzt werden mußten.

Kommunikationsstrukturen:

Neben der offiziellen Struktur wie Vereins- und Gesellschafterversammlungen wurden in der WHS in der gemeinsamen Mittagszeit laufende Entscheidungen besprochen. Zusätzlich fand monatlich eine Zusammenkunft aller Beschäftigten statt, um grundsätzlich über Probleme der Zusammenarbeit untereinander und über die betriebliche Situation zu reflektieren. Bei diesen Reflexionstreffen waren auch ich als Regionalbetreuer und nach Bedarf ein Vertreter der ÖSB dabei. Weiters gab es mehrere Wochenendseminare mit Fachkräften zur Bearbeitung von gruppendynamischen und betriebswirtschaftlichen Anliegen sowie einen jährlichen Betriebsausflug als wichtigen Beitrag zur Gemeinschaftsbildung.

Allgemeine Folgerungen der drei Pionierprojekte AKTIVIERUNGSARBEIT, BERSTA, WHS:

Diese Pionierprojekte hatten eine außergewöhnliche Vorbildwirkung für viele ähnliche Initiativen regional, national und international. Die Region Waldviertel war auch in der Entstehungsphase der Regionalbetreuung von 1982 bis 1987 die Beispielsregion für neuartige Projekte und Initiativen. Durch das Interesse von Presse und Fernsehen erfolgte weitreichende Öffentlichkeitsarbeit. Die Weiterentwicklung der Pionierprojekte war eine große Herausforderung und erfolgte in der neuen Organisationsform als Regionalbetreuer des Berglandaktionsfonds 1981 bis 1983 und als Regionalbetreuer der ÖAR von 1983 bis 1987.

Weiterentwicklung des Konzeptes der GWA zum Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung (ERE)

Modellversuch Regionalbetreuung des Berglandaktionsfonds von 1981 bis 1983

Die Projekterfahrungen der ÖBV, die Gemeinwesenarbeit im Waldviertel, eine neue Sonderaktion des Bundeskanzleramtes, die Studien über Regionalentwicklung u.a.m. waren Anlaß, ein zweijähriges Forschungsprojekt für Regionalbetreuung durchzuführen. Träger war der Berglandaktionsfonds (BAF), die Finanzierung erfolgte durch das Bundeskanzleramt. Das war der Beginn der offiziellen Regionalbetreuung in Österreich mit je einem Regionalbetreuer im Waldviertel, Dr. Anton Rohrmoser; im Mühlviertel, Hartwig Bauer; und in der Südsteiermark, Ing. Günther Schwärzler. Projektleiter war Dr. Günter Scheer, Geschäftsführer vom BAF. Aufgaben waren die Initiierung und Begleitung neuartiger Gemeinschaftsprojekte und die Information über die Sonderaktion des BKA sowie Hilfestellung bei der Abwicklung der Projekte in dieser Phase.

Die Weiterentwicklung der bestehenden Pionierprojekte: Aufgrund der Neuartigkeit und Vielschichtigkeit stellte sich die Begleitung zur Weiterentwicklung insbesondere der BERSTA und WHS als äußerst zeitintensive und komplexe Aufgabenstellung heraus. Ich konnte aber trotzdem eine Reihe weiterer Initiativen starten. **Beispiele 1981:** Aktion zur Erhaltung der Molkerei in Gföhl; **Beispiele 1982:** Initiierung eines neuen Kurses für Selbstverwaltung, Gründung der WHS; Gemeinschaft zur Getreideverwertung in Rappottenstein; Vereinsgründung für den Aufbau eines Bauernmarktes in Mold; Gründung einer Initiativgruppe mit Textilarbeiterinnen in Heidenreichstein; Großveranstaltungen mit Landwirtschaftsminister Haiden; Jugendgästehaus Sallingstadt (Beratung: Waldviertelmanagement und BAF); Initiierung des Mutterschaftsprojektes (Maria Arnreiter);

Das Pilotprojekt der Projektberatung war sehr erfolgreich, sodass die Regionalbetreuung ab 1983 durch die Gründung der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung - ÖAR auf eine neue organisatorische Basis gestellt wurde.

Das Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung

1. Entstehung

Ab dem Zeitpunkt der Gründung der ÖAR wird das damit verbundene Arbeits- und Aktionsprogramm offiziell das Konzept für **Eigenständige Regionalentwicklung (ERE)** genannt. Als Organisationsform wurden in strukturschwachen Gebieten Regionalvereine und als Dachverband der Verein ÖAR 1983 gegründet. Im Waldviertel gründeten wir am 24. 2. 1983 den Regionalverein "Waldviertler Bildungs- und Wirtschaftsinitiative - BWI". Die Erfahrungen der Gemeinwesenarbeit im Waldviertel und der Regionalbetreuung des BAF wurden in dieses neue Konzept der ERE aufgenommen. Im Vorfeld waren zusätzliche folgende Personengruppen für die Entstehung der Regionalentwicklung bedeutsam: Kritische Bauern (der ÖBV), ehemalige Entwicklungshelfer, aufgeschlossene Wissenschaftler, aktive Beamte und Politiker, Jugend- und Erwachsenenbildner, Sozialarbeiter, Raumplaner, Basiskulturarbeiter, Friedens- und Ökologiebewegung, Konsumenten. Die konstruktive Zu-

sammenarbeit der genannten Gruppierungen führte zum Konzept der ERE. Das Neue an diesem Konzept der ERE war die Verbindung von Gemeinwesenarbeit mit Wirtschaftsentwicklung. Die Theorie und Praxiserfahrung der Gemeinwesenarbeit und die Instrumentarien der Wirtschaftsberatung und Raumplanung bildeten die Grundlage des Konzeptes der ERE. Es bedurfte aber der Transformation der Gemeinwesenarbeit und der Wirtschaftsberatung, um das neue Konzept zu entwickeln. Es begann eine breite Diskussion über die konzeptionelle und organisatorische Entwicklung. Zusätzliche RegionalbetreuerInnen konnten beschäftigt werden, eine eigene Grundausbildung für RegionalbetreuerInnen wurde konzipiert und mehrmals durchgeführt. Sowohl bei der Konzeption als auch bei der Durchführung war ich wesentlich beteiligt. Durch die Gründung der Waldviertler Bildungs- und Wirtschaftsinitiative - BWI wurde die ehrenamtliche Arbeit durch aktive Mitglieder verstärkt. Im ersten Vorstand der BWI waren vertreten: Alois Lehenbauer, Fritz Bergmann, Anton Rohrmoser, Norbert Müllauer, Eva Renoldner-Gansch, Roland Meingast, Maria Arnreiter, Hans Hörth, Rechnungsprüfer: Hans Haid, Karl Immervoll, Organisationssekretärin: Anneliese Rohrmoser. Auch zusätzliche hauptamtliche Regionalbetreuer wurden von der ÖAR angestellt. Regionalbetreuer im Waldviertel waren damals: Anton Rohrmoser, Elisabeth Pichler, in der Folge Ernst Grödl, Hans Öckl, (später Gerhard Linhard). Österreichweit stieg die Anzahl der MitarbeiterInnen kontinuierlich an. 1986 waren in neun Regionen 21 RegionalbetreuerInnen und zehn Personen in der Zentrale zur Administration und als Experten beschäftigt.

2. Zielrichtung der ERE

Es geht vor allem um eine **verstärkte Mitarbeit der Bevölkerung** bei der Lösung ihrer Probleme. In Zusammenkünften wird die bestehende Situation analysiert und Ideen für neue Aktivitäten und Projekte gesammelt. Wichtig ist die Bildung von Arbeitsgruppen zur Unterstützung bei der Umsetzung von Projektvorhaben.

Es geht um **die Verknüpfung von Gemeinwesenarbeit und Wirtschaftsbelebung.**

Gemeinwesenarbeit:

- Bewußtseinsbildung durch Arbeitskreise, Seminare, Exkursionen
- wecken der eigenen Fähigkeiten durch Weiterbildung und Engagement
- stärken der Identität z.B. durch Aufarbeiten der eigenen und regionalen Geschichte; Aktivierende Befragung, Erzählte Lebensgeschichte u.a.
- Zusammenarbeit zwischen örtlichen und regionalen Aktivitäten
- Entwicklung zukunftsorientierter Bildungs-, Kultur- und Sozialprojekte u.a.

Wirtschaftsbelebung:

- Nutzung regionaler Ressourcen und Nischen im Waldviertel wie ökologischer Landbau, erneuerbare Energiegewinnung, sanfter Tourismus, Naturgärten, Gesundheitsinitiativen, Seminargasthäuser u.v.a.
- Entwicklung neuer Produkte und Schließen von Versorgungslücken
- mehr Wertschöpfung durch größtmögliche Verarbeitungsstufe und direkte Vermarktung
- Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und Steigerung der Produktion
- Kooperation zwischen Betrieben, um durch Synergieeffekte die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen
- Aufbau und Verbesserung von Marketingorganisationen u.a.m.

Es geht um die **Erschließung von Startförderungen für neue Projekte**. Ohne die Sonderaktion des BKA, Förderungen der experimentellen Arbeitsmarktförderung oder Starthilfen der Länder wären viele neuartige Projekte nicht entstanden.

Es geht um die Ausbildung und Begleitung der RegionalbetreuerInnen.

Es geht um die Vernetzung regionaler und überregionaler Initiativen und Projekte sowie um breite Öffentlichkeitsarbeit u.a.m.

Zielgruppen der ERE waren vor allem: Aktive Bauern und Konsumenten, Kleingewerbetreibende, arbeitslose Facharbeiter für Selbstverwaltung, aktive Vereinsfunktionäre (Aufbau von Seminar- und Jugendgästehäusern). Also eine Zielgruppe, die kaum in den Genuß unentgeltlicher Beratungsleis-

tung kommt. ERE hat den Anspruch, Personen und Gruppen, die an der Umsetzung von neuartigen Projekten interessiert sind, zu unterstützen

3. Beispiele der ERE im Waldviertel ab 1983

Projekte 1983: Gründung der Waldviertler Bildungs- und Wirtschaftsinitiative - BWI; Herausgabe der Regionalzeitung "Portrait"; Projektbesuche der Kommission der Sonderaktion; Reorganisation der BERSTA; Mitwirkung beim Aufbau eines EVI - Geschäftes in Krems; Hackschnitzelgemeinschaft Gföhleramt; Gemeinschaft zur Sauerkrauterzeugung; Beratung Projekt Bildungshaus in Traunstein.

Projekte 1984: Gründung der Heidenreichsteiner Textilwaren GmbH. - HTW; Aktion zur Erhaltung der Molkerei in Waldkirchen/Thaya; Mitwirkung bei der Gründung der Schuhwerkstatt GmbH. in Schrems; Eröffnung des Bauernmarktes in Mold (Beratung Waldviertelmanagement und ÖAR); Initiierung einer Kunsthandwerksinitiative; Mitwirkung bei der Initiierung des Flachsangebues in Gföhl; Arbeitskreise: Energie, Fremdenverkehr, Gewerbe, Landwirtschaft und Kultur.

Projekte 1985: Beratung Projekt Seminargasthaus Wurzelhof in Langschlag; Beratung Projekt Loipe in Bärnkopf; Beratung Projekt "Das bunte Dorf" in Sallingstadt; Beratung Projekt Seminarhaus und Jugendcamp in Kautzen; Umweltseminar der BWI, Folge: Initiierung der Umweltberatung; Projektbesuche mit NÖ Abgeordneten, Beamten des BKA und Presse; Herausgabe der Broschüre "Lebenszeichen, Initiativen aus dem Waldviertel; Initiierung des Pilotprojektes Bauernpraxis.

Projekte 1986: Gründung des Projektes Forstpraxis; Adaptierung und Einrichtung des BWI-Büros in Zwettl; Initiierung der Bürogemeinschaft mit Bauernpraxis und Umweltberatung; Mitveranstaltung bei der Agrarökologieausbildung des IFF; Beratung Projekt Ökologische Station Waldviertel; Beratung Projekt Fernwärmegenossenschaft Yspertal; Beratung bei der Organisationsentwicklung der WHS und HTW; Beratung des Projektes Schilanglauf und Radfahrclub Loimanns.

Projekte 1987: Mitwirkung bei der internationalen Tagung der ÖAR-Zentrale "Peripherie im Aufbruch" in Zwettl; große Projektpräsentation beim Folk-Volksmusik&Poesie-Festival; Mitwirkung beim Konzept für den Fernsehfilm von Heide Pils u.a.

Beispiele für Aktivierungsarbeit der BWI: Der Zugang zu den Projekten und die begleitende Informationsarbeit erfolgte durch eine breit angelegte Aktivierungsarbeit im Sinne der GWA. Folgende Aktivitäten gab es in der Blütephase der Regionalarbeit von 1983 bis 87: Arbeitskreis Landwirtschaft, Arbeitskreis Fremdenverkehr, Arbeitskreis Gewerbe, Arbeitskreis Energie, Initiative Flachs-anbau in Gföhl und Rastefeld, Initiative Kunsthandwerk zur Erfassung aller KunsthandwerkerInnen und zum Aufbau einer gemeinsamen Vermarktungsstrategie, Entstehung der Initiative Umweltberatung im Rahmen der BWI ausgehend vom einem Seminar zum Thema „Umweltschutz in der Gemeinde“ 1985 in Sallingstadt, Herausgabe einer eigenen Zeitung „Portrait“, Veranstaltung von Aktivistenseminaren für Haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen, Planung und Durchführung von Projektbesuchstouren u.v.a.m.

4. Auswirkungen der ERE:

Obwohl es das Konzept der Gemeinwesenarbeit erst seit 1978 und das Konzept der ERE erst seit 1981 gibt, sind erstaunlich viele neuartige Initiativen und Projekte in diesem Zusammenhang entstanden. Teilweise handelte es sich um echte Pionierprojekte, die unter größten Anstrengungen der Initiatoren entstanden sind. Von diesen vielen kleinen Initiativen kann zwar keine Patentlösung für die schwierige Situation im Waldviertel erwartet werden. Aber sie leisten einen großen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhaltung bestehender Arbeitsplätze durch Zusatzeinkommen, z.B. durch Direktvermarktung und Veredelung von Produkten aus der Landwirtschaft, Kunsthandwerk u.a., darüber hinaus fördern gemeinschaftliche Selbsthilfeprojekte die Stärkung des Selbstvertrauens und die Identitätsfindung und führen zur Überwindung von Resignation. "Bis Ende 1985 wurden über die Sonderaktion 21 Projekte gefördert. In neun Initiativen haben sich Bauern zusammengeschlossen und erzeugen Spezialprodukte, veredeln diese und vermarkten sie. In sieben Projekten werden neue Formen eines gesundheitsorientierten Tourismus bzw. Seminartourismus umgesetzt, vier selbstverwaltete Betriebe, und zwei Energieprojekte. Insgesamt investierten diese Projekte rund 2,91 Millionen Euro. Aus der Sonderförderungsaktion des BKA wurden rund 1,02 Millionen Euro zugeschossen. Rund 1,67 Millionen Euro zusätzliche Wertschöpfung pro Jahr erzielten diese Projekte, das bedeutet knapp 1,24 Millionen Euro zusätzliches Einkommen jährlich für das Waldviertel. 210 Arbeitsplätze konnten durch diese Projekte geschaffen werden. Über 90 Prozent aller Projekte

sind vollkommen neue Initiativen. 80 Prozent erzeugen neuartige Produkte und bieten neuartige Formen des Tourismus. Etwa zwei Drittel aller Projekte haben positive Auswirkungen auf die Umwelt. Für die Projekte ist eine intensive Beratung wichtig. Der größte Teil von ihnen konnte nur durch die Tätigkeit der Regionalbetreuer der ÖAR in relativ kurzer Zeit entstehen", Günter Scheer in "Lebenszeichen aus dem Waldviertel", Hrsg. BWI Gföhl, 1985. Ein beachtliches Ergebnis für sechs Jahre Regionalarbeit!

Zusammenfassend war unsere ERE im Waldviertel (Regionalvereinsarbeit und Regionalbetreuung) äußerst erfolgreich: Im Vergleich zu anderen Regionen wurden bis 1987 am meisten Wirtschaftsprojekte und die größte Streuung zwischen den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus und Energie initiiert. Darüber hinaus wurde vielfältige Aktivierungsarbeit geleistet und es gibt viele Projekte im Sozial- und Bildungsbereich. Die BWI hatte damals 94 Mitglieder und 255 Abonnenten der Regionalzeitung POTRAIT.

Das Konzept der ERE hat sich als wirksame Strategie zur kulturellen und wirtschaftlichen Belebung der Regionen in Österreich erwiesen. Auch in anderen europäischen Ländern wurde dieses Konzept übernommen, z.B. in Italien (Südtirol) und insbesondere in der BRD. In Südtirol entwickelte Karlo Hujber, damals Leiter im Haus der Familie in Bozen, gemeinsam mit Isidor Trompedeller, Leiter des Amtes der Weiterbildung, ein Konzept der Dorf- und Stadterneuerung in Südtirol auf der Basis unseres Konzeptes der ERE. Ich wirkte bei einer Ausbildung diesbezüglich mit und leitete eine aktivierende Befragung in Ulten. Die Gemeinde Ulten wurde z. B. eine Modellgemeinde für Dorferneuerung. Im Bundesland Hessen in der BRD wurde ein Regionalentwicklungskonzept nach dem Vorbild der ERE initiiert. Die Betreiber wurden in der Aufbauphase dabei u.a. von unserer Regionalbetreuerin Elisabeth Pichler maßgeblich unterstützt und es wurden mehrere Exkursionen von Hessen in das Waldviertel organisiert, um neue Projekte und das Konzept der ERE kennenzulernen. Albert Herrenknecht vom Pro Provinzia Institut in Hessen schreibt in einer Stellungnahme 1988: "Zur Eigenständigen Regionalentwicklung als Modellversuch einer ländlichen Entwicklung von unten gibt es aktuell auch in der BRD keine Alternative. Kein Konzept hat zur Zeit einen solch mobilisierenden Effekt wie die Idee der ERE. Kein Konzept wie die ERE scheint in der Lage, nicht nur das aktuelle Klientel (Projekte) im ländlichen Raum zu fördern, sondern auch neue Bündnispartner (über die neuen sozialen Bewegungen hinaus) zu gewinnen. Kein Konzept wie die Diskussion um die ERE kann die in die Sackgasse geratene ländliche Bildungs- und Kulturarbeit neu beleben und hin zu einer integrierten Bildungs-, Aktivierungs- und Veränderungsarbeit weiterentwickeln u.a. Kein Konzept wie die ERE wäre als Gegenentwurf zur allgemeinen Phantasielosigkeit der Politiker so tauglich, neue Wege zu gehen, Auswege aus der Krise aufzuzeigen, Entpolitiserungen entgegenzuwirken, das „Prinzip Ermutigung“ (Robert Jungk) zu fördern“.

5. Schwierigkeiten und Konfliktbereiche

Schwierigkeiten und Scheitern der WHS:

Es gibt eine Reihe von Gründen für die Schwierigkeiten und schließlich das Scheitern der WHS: Mangel an Startkapital, hohe Entwicklungskosten der Waldviertler Spiellandschaften, hohe Markteinführungskosten, zu niedrige Preise, interne Konflikte, zu schnelles Wachstum, Verzögerung der Ausweitungsvarianten durch die Förderstellen. Schließlich konnten die mit der Selbstverwaltung verbundenen Ansprüche nach Demokratisierung des betrieblichen Alltags nicht so leicht eingelöst werden. Wenn man die Sozialisationsbedingungen und die strukturellen Entwicklungshindernisse reflektiert, wird verständlich, dass Selbstverwaltung ein längerdauernder Lern- und Bildungsprozeß in Richtung Eigeninitiative, Kreativität, Mitverantwortung, Risikobereitschaft, Konfliktfähigkeit, Demokratiebewußtsein u.a. darstellt. Das Scheitern bedeutete für Beschäftigte und Geschäftsführer nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch finanzielle Einbußen durch fällige Haftungen. Vom Scheitern der WHS waren aber auch all jene mitbetroffen, die bei der Gründung und Begleitung involviert waren. Man muß aber auch bedenken, dass neuartige Projekte und Innovationen über Versuch und Irrtum entstehen. Wichtig ist es, Krisen zu reflektieren und die Erfahrungen für die weitere Regionalarbeit zu nützen. Die WHS hat trotz ihres Scheiterns große Folgewirkungen ausgelöst wie z.B. die Entstehung des Selbstverwaltungsbetriebes "Heidenreichsteiner Textilwaren GmbH. - HTW (1984). Sie wäre ohne die Erfahrungen der WHS nicht möglich gewesen. Die Erfahrungen der HTW und WHS waren wiederum bei der Gründung des Selbstverwaltungsbetriebes "Waldviertler Schuhwerkstatt" (1984) in Schrems von großer Bedeutung. Beide Betriebe bestehen bis heute, haben aller-

dings die Selbstverwaltung aufgegeben. In beiden Betrieben wurden durch die Selbstverwaltung Arbeitsplätze geschaffen, die durch eine traditionelle Betriebsform erhalten und ausgebaut wurden. Obwohl sich das Modell der Selbstverwaltung im Waldviertel nicht bewährte, sind in den Ballungszentren sehr viele neue selbstverwaltete Projekte entstanden. Schließlich sind Erfahrungen aus dem Diskussionsprozeß der Selbstverwaltung in die Gestaltung der Richtlinien der experimentellen Arbeitsmarktpolitik eingeflossen wie in die legendäre "Aktion 8000" (Förderung von Lohnkosten für Arbeitslosenprojekte bis zu zwei Drittel der Kosten), oder neue Maßnahmen zur Förderung von Projektvorbereitungen und neuartige Kurse für Arbeitslose auch für kleine Vereine u.a.m.

Allgemeine Schwierigkeiten, Konfliktpotentiale und Auswirkungen:

Bei der Realisierung von innovatorischen Initiativen gibt es meistens größere Widerstände. Benachteiligung ist immer auch politisch mitverursacht und nicht selten profitieren einige einflußreiche Unternehmen durch diese Situation (billige Arbeitskräfte u.a.). Eine angestrebte Veränderung beinhaltet auch unbewußt und bewußt eine Kritik an der bestehenden Situation, wodurch sich öfters Politiker in Frage gestellt fühlen, oder wodurch möglicherweise auch Fehlentwicklungen bewußt werden. Bei Präsentationen der Ergebnisse einer aktivierenden Befragung haben wir oft massiven Widerstand von Politikern gegenüber berechtigter Kritik von BürgerInnen und deren Lösungsvorschlägen erlebt. Ähnlich erfährt man bei der Initiierung neuer Projekte oft Widerstand gegen neue, noch nicht erprobte Ansätze. Bei der Initiierung von Pionierprojekten gab es mehrmals von einflußreichen Repräsentanten massive Widerstände und Diffamierungen und bei späterer erfolgreicher Umsetzung von Projekten, Versuche der Vereinnahmung. Weiters ist die Entwicklung eines neuen Produktes, einer neuen Dienstleistung oder eines neuen Betriebes an sich eine große Herausforderung, an der man auch scheitern kann. Bei Gemeinschaftsprojekten kommt noch die Einübung in gemeinsame Entscheidungsfindung hinzu. Teamarbeit erfordert auch die Fähigkeit zur Konfliktbearbeitung, die in unserer Sozialisation oftmals noch wenig ausgeprägt ist. Konflikte entwickelten sich aber auch innerhalb der Regionalvereine zwischen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen und den hauptamtlichen RegionalbetreuerInnen sowie auf Bundesebene der ÖAR über die Weiterentwicklung der Strategie der ERE. Die Geschäftsführung und einige Regionalbetreuer forcierten eine stärkere Abkoppelung der Aktivierungsarbeit (Gemeinwesenarbeit) und Regionalvereinsarbeit und eine Schwerpunktsetzung auf innovativer Wirtschaftsberatung. Ihrer Meinung nach beanspruchte die Aktivierungsarbeit zu viel Zeit. Die Vertreter der Förderstellen forderten noch mehr wirtschaftliche Erfolge. Nachdem wir im Waldviertel hinlänglich bewiesen haben, dass gerade die Kombination von Gemeinwesenarbeit und Wirtschaftsberatung große Erfolge in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht brachte, war ich mit vielen anderen ein Verfechter für die Beibehaltung von Aktivierungsarbeit und Wirtschaftsberatung, was natürlich eine weitere Professionalisierung nicht ausschließt. Vor allem zwischen RegionalbetreuerInnen und VertreterInnen des Regionalvereines im Mühlviertel eskalierte dieser Konflikt, an dem in der Folge auch die Zentrale der ÖAR beteiligt war. Infolge dieser Auseinandersetzung entschlossen sich die VertreterInnen des Mühlviertler Regionalvereines, aus der ÖAR auszutreten. Als sich innerhalb der ÖAR die pragmatische Linie mit neuer Schwerpunktsetzung zur Innovationsagentur mit der Gründung einer GmbH. durchsetzte, verließ ich als Regionalbetreuer die ÖAR, obwohl ich einen wesentlichen Beitrag zur konzeptionellen und organisatorischen Gründung der ÖAR geleistet hatte und Obmann von Beginn, 1983 bis 1987 war. Durch eine große Krise in der WHS, die zum Konkurs führte, die sonstigen vielfältigen Aufgaben in der Region und als Obmann der ÖAR, hatte ich zu wenig Zeit und Kraft zur Durchsetzung meiner Interessen. Allerdings ist mir nicht bekannt, dass die Regionalarbeit bis jetzt jemals erfolgreicher war, als mit unserem Konzept der Verbindung von Aktivierungsarbeit und Wirtschaftsberatung. Leider gab es in der Folge Versuche, die Anfangsphase der ÖAR als unprofessionell darzustellen und in Publikationen meinen Anteil an der Organisations- und Konzeptentwicklung zu unterschlagen. Erfolgreiche Projekte im Waldviertel wurden aber weiterhin in Präferenzlisten bei der Aquisition für Beratungsaufträge als Erfolgsnachweis angeführt. Ich wurde von der arge region kultur als Geschäftsführer für den Bereich Bildung engagiert. Meine praktischen und theoretischen Erfahrungen konnte ich bei der Konzept- und Organisationsentwicklung für die Bildungs- und Kulturarbeit im Sinne der ERE einbringen. Mein Anspruch für das Konzept der arge region kultur lautete, dass diese neuen Wege der Bildungs- und Aktivierungsarbeit wichtige Impulse zur besseren Bewältigung des Strukturwandels im ländlichen Raum setzen. Durch Mobilisierung der Eigeninitiative ist Aktivierungsarbeit ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und

zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine sehr effiziente Form für die Realisierung dieses Konzeptes ist die Beschäftigung von regionalen BildungsarbeiterInnen und eine zentrale Koordination dieser. Wie die Erfahrungen der Regionalbetreuung (ÖAR) und der Arbeitsmarktbetreuung (AMB) zeigen, sind beruflich tätige MitarbeiterInnen in den Regionen unerlässlich, um Projekte im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu initiieren und zu begleiten. Ebenso wichtig sind regionale MitarbeiterInnen für die Initiierung und Begleitung längerfristiger Bildungsvorhaben in den ländlichen Gebieten. Durch gute Kooperation mit der Regional- und Arbeitsmarktbetreuung ist eine Steigerung der Effizienz aller Bemühungen möglich. Wir sehen unser Konzept als Ergänzung zu traditionellen Erwachsenenbildungseinrichtungen und streben eine konstruktive Zusammenarbeit im Sinne von Kooperation anstatt Konkurrenz an. Eine stärkere Förderung für diese Aktivierungsarbeit aus Bundesmitteln ist aus regional- und arbeitsmarktpolitischen Gründen erforderlich.

Als ich mein Konzept zur Aktivierungsarbeit in der arge region kultur zur Diskussion stellte, gab es von den MitarbeiterInnen starke Kritik, dass es zu funktionalistisch auf Effizienz in bezug auf Projektarbeit, Schaffung von Arbeitsplätzen und Strukturveränderung angelegt sei. Es gehe vielmehr um die Vorstufe dazu, nämlich um die Ermächtigung der Menschen diesbezüglich. Vereinfacht dargestellt war ich in der ÖAR auf der Seite der "Fundis" und in der ark auf der Seite der "Realos". Der konzeptionelle Kompromiß gipfelte in der folgenden Formulierung unseres neuen Konzeptes: "Bildungs- und Aktivierungsarbeit zur Förderung von Demokratie und Kultur im ländlichen Raum". Das Konzept zur Beschäftigung hauptamtlicher Bildungs- und KulturarbeiterInnen war sehr erfolgreich. Bereits innerhalb eines Jahres konnte die ark acht BildungsarbeiterInnen beschäftigen, davon vier im Rahmen des "Modell NÖ". Die Startfinanzierung für vier hauptamtliche Bildungs- und KulturarbeiterInnen (eine MitarbeiterIn pro Landesviertel), einem Koordinator und einem wissenschaftlichen Begleiter im Rahmen des Modell NÖ ermöglichte Mag. Karl Fakler vom AMS NÖ. Die allgemeine Entwicklung der ark wird im Beitrag von Ursula Derschmidt ausführlich dargelegt. Die spezielle Entwicklung meines Geschäftsbereiches „Regionale Bildungs- und Kulturarbeit“ wurde im Buch der ark "Modelle und Reflexionen" umfassend dokumentiert.

In meiner Tätigkeit als Regionalbetreuer hatte ich auch regelmäßige Kontakte und Kooperationen mit dem Waldviertelmanagement, insbesondere mit DI Adolf Kastner, und mit dem damaligen Bundesbeauftragten Josef Leichtfried sowie mit dem damaligen Arbeitsmarktbetreuer DI Bernhard Schneider, der auch eine Zeitlang im Vorstand der arge region kultur mitarbeitete.

Die Regionalarbeit im Sinne der ERE wurde im Waldviertel von der Wallenberger & Linhard Regionalberatungs GmbH. fortgesetzt. Diese legt nach wie vor Wert auf ein ganzheitliches Konzept der Regionalentwicklung. Die Schwerpunkte der Beratung verlagerten sich in Richtung Begleitung von kleinregionalen Entwicklungskonzepten, Energieprojekten (z.B. Beratung der Beispielsgemeinde für erneuerbare Energie Kautzen), Hilfestellung bei der Initiierung grenzüberschreitender Impulszentren, Grundlagenarbeit für Regionalentwicklung u.v.a.

Mit Interesse verfolgte ich auch das Modellprojekt für GWA in Schönau im Mühlviertel in unserer Nachbarregion. Beim Aufbau der Direktvermarktung in Schönau sind auch Vorarbeiten vom Waldviertel durch Dr. Alois Geißlhofer, der auch bei der BERSTA mitarbeitete, eingeflossen.

Meine Erfahrungen der Aktivierungsarbeit und der Eigenständigen Regionalentwicklung im Waldviertel flossen nicht nur in den Aufbau des Bereiches Bildung der ark, in die Projektarbeit in Gföhl wie bei der Gründung der Spielgruppe, des Bildungszentrums und der Winnetou-Spiele ein, sondern auch in die "Reihe Gemeinwesenarbeit" in Strobl. 1981 wurde ich eingeladen, die Aktivierende Befragung vorzustellen und einzuüben und ab 1982 bis 2001 arbeitete ich im Planungsteam mit. Die GWA-Seminare in Strobl bieten ein Forum für Erfahrungsaustausch sowohl zwischen Organisationen der Erwachsenenbildung als auch zwischen freien Projektgruppen. Sowohl der Austausch der Erfahrungen als auch die Impulsreferate und gemeinsamen Reflexionen über Gemeinwesenarbeit hatten und haben erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Erwachsenenbildung in Richtung stärkerer Beteiligung der Betroffenen, Einbeziehung aktivierender Methoden und Verstärkung projektorientierter Arbeit u.a.m. Siehe Beitrag von Mag. Wolfgang Kellner über die Seminarreihe „Erwachsenenbildung und Gemeinwesenarbeit“ in Strobl 1979 bis 2004. Wolfgang Kellner ist seit 1994 Mitglied im Leitungsteam und bestimmt seither ganz wesentlich die Inhalte und Strategien der Seminarreihe mit.

Nachdem die Blütezeit der GWA und ERE im Waldviertel von 1978 bis 1987 war, sind diese enormen Leistungen für regionale Entwicklung in der Öffentlichkeit kaum noch präsent. Es sind aber nach wie vor weitreichende Auswirkungen bis heute vorhanden, weil noch sehr viele Initiativen und Projekte aus dieser Gründerzeit bestehen.

Die beispielhafte Entwicklungsleistung der letzten 25 Jahre im Waldviertel „Vom Armenhaus zur Vorzeigeregion“ in der EU wird in der öffentlichen Darstellung fast ausschließlich dem Waldviertelbeauftragten DI Adolf Kastner zugeordnet. Zweifellos hat Adolf Kastner mit seinen MitarbeiterInnen in 22 Jahren Waldviertelmanagement (1982 bis 2004) die größten Verdienste für die regionale Entwicklung im Waldviertel erworben. Es haben jedoch auch andere Organisationen maßgeblich an diesem Erfolg mitgewirkt wie unser Konzept der GWA und ERE (ÖAR); der Bundesbeauftragte; die Arbeitsmarktbetreuung; die Umweltberatung; die Wallenberger & Linhard Regionalberatungs GmbH.; die arge region kultur; die Kulturvernetzung; die Frauenberatungsstellen; die Dorf- und Stadterneuerung; die Sozialprojekte; die Waldviertelakademie; der Grenzlandausschuß; Europaplattform „Pro Waldviertel“ mit allen gewählten Mandataren der Region und themenspezifischen Arbeitskreisen; die „Grenzüberschreitenden Impulszentren“; die vielen innovativen Projektträger (Stift Geras mit Abt DDr. Angerer); Gemeinde Kautzen (Pioniergemeinde für erneuerbare Energie); Gemeinde Großschönau (BIOEM) u.a.; ECO - Plus und andere Beratungs- und Finanzierungsinstitutionen des Landes und des Bundes sowie schließlich die traditionellen Einrichtungen wie die Erwachsenenbildung, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer mit ihren Bildungs- und Beratungsleistungen und die regionalen und überregionalen Medien u.a.m.

Kriterien für eine nachhaltige Regionalentwicklung

Nach 25 Jahren Erfahrung in der ländlichen Entwicklungsarbeit erhebt sich die Frage, ob die zu Beginn der Gemeinwesenarbeit (GWA) in Marbach/Zwettl (1978) gewählten Herausforderungen, wie z. B. die Kluft zwischen Veränderungswünschen und konkreter Projektumsetzung, die Kluft zwischen Theorie und Praxis, die Kluft zwischen den Ansprüchen der Zentralen und der Basis überwunden werden konnten. Durch die konkrete Anwendung des Konzeptes der GWA und insbesondere durch die Weiterentwicklung der GWA zur Eigenständigen Regionalentwicklung konnte nachweislich eine außergewöhnlich erfolgreiche nachhaltige Entwicklung initiiert und begleitet werden. Es entstanden viele neuartige Initiativen und Projekte zur Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze und eine verstärkte Mitarbeit für ein lebenswertes und lebensfähiges Waldviertel in allen Bereichen, vor allem aber in kultureller Hinsicht. Weiters erhebt sich die Frage, ob es verallgemeinerbare Kriterien für eine erfolgreiche nachhaltige Regionalentwicklung gibt. Nachhaltige Regionalentwicklung ist ein Entwicklungsprozeß, der nicht nach einem genau planbaren Schema abläuft und auch Niederlagen beinhaltet, trotzdem können einige Kriterien aus der Erfahrung genannt werden, die wesentlich zum Erfolg beitragen können:

Gesellschaftspolitische Positionierung der Regionalarbeit

Eigenständige Regionalentwicklung (ERE) hat einen emanzipatorischen Anspruch hinsichtlich der Verwirklichung der Grundwerte unserer Gesellschaft nach einer lebendigen Demokratie und dem Einsatz für gerechte Lebensbedingungen für alle Menschen. Das bedeutet eine kritische Bewertung der Trägerorganisation in bezug auf ihre gesellschaftspolitische Position und in bezug auf ihre Zielsetzung und ihr Beratungsverständnis. Eine Auseinandersetzung über die eigene Philosophie des Entwicklungs- und Beratungsverständnisses ist Voraussetzung, um Initiativen, Betriebe und Organisationen bei ihrer Leitbildentwicklung adäquat unterstützen zu können. Es geht um die Reflexion des gesellschaftspolitischen Stellenwertes der Beratung, nachdem es eine sogenannte neutrale Position nicht gibt. Moderationstechniken und Power Point-Präsentationen als Werkzeuge reichen dazu nicht aus. So schnell und effizient Ergebnisse durch Moderationstechniken provoziert werden können, so kurzfristig ist oft ihre Lebensdauer. Nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen zu erwirken ist ein längerer Prozeß, mit einem ganzheitlichen Ansatz, der einer professionellen Begleitung durch Strategien der Gemeinwesenarbeit, ERE, Aktionsforschung und ähnlicher Strategien bedarf.

MitarbeiterInnen mit visionärem Potential

Wie wir aus zahlreichen Erfahrungen wissen, hängt die Initiierung neuer Projekte wesentlich von ProjektinitiatorInnen bzw. von ProjektbegleiterInnen ab. Das bedeutet besondere Sorgfalt bei der

Suche und Begleitung von innovativen Menschen, die Projektideen haben und sich auch an der Umsetzung beteiligen. Weiters hängt eine nachhaltige regionale Entwicklung wesentlich von engagierten hauptamtlichen BetreuerInnen ab. Daher ist der Auswahl sowie der Aus- und Weiterbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Es bedarf eines Organisationskonzeptes und eines Beratungsverständnisses mit maximaler Eigenverantwortung für die BetreuerInnen sowohl was die Auswahl inhaltlicher Schwerpunkte als auch die strategische und methodische Umsetzung betrifft. Eigenverantwortlichkeit ist ein großer Motivationsfaktor. Darüber hinaus sind die BetreuerInnen zur Einhaltung der Zielrichtung der Trägerorganisation und die Beachtung der Kriterien für eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Wichtige Voraussetzungen für BetreuerInnen sind Visionen für regionale Entwicklung, Demokratieverständnis, Eigeninitiative, Zivilcourage und fachliche Kompetenz, geistiges Entwicklungspotential, die Fähigkeit zur Konfliktverarbeitung, die Fähigkeit zur Balance zwischen Engagement und Regeneration u.a. Es gibt genügend BeraterInnen als sogenannte Trittbrettfahrer, die großartige Berichte über Projekte verfassen, die großteils auch ohne ihre Beratung erfolgreich sind. Nur wer selber Visionen und Engagement zur zukünftigen Entwicklung einer Region hat, kann diese auch mit anderen verwirklichen. Sehr entscheidend ist auch die Fähigkeit, die richtigen Prioritäten zu setzen, sowohl was die Auswahl der zu betreuenden Projekte als auch die Intensität der Betreuung betrifft. Es gibt Projektphasen, in denen sehr viel Unterstützung erforderlich ist, und Phasen, die wenig an Begleitung bedürfen. Wirklich neuartige Projekte entstehen oft nur, wenn man viel persönliche Energie und Zeit einsetzt. Die ersten Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften haben außergewöhnlich viel an Unterstützung erfordert, in der Folge benötigten weitere Initiativen weniger Betreuung, weil sie auf den Erfahrungen und den Grundlagen der Pionierprojekte aufbauen konnten.

Situationsanalyse und Zusammenarbeit mit der Wissenschaft

Für eine erfolgreiche Bildungs-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialarbeit ist eine differenzierte Analyse der Ausgangslage der Zielgruppen und des sozialen Umfeldes sowohl am Beginn als auch als begleitender Prozeß unerlässlich. Diese Analysen sollen unter Einbeziehung der Betroffenen erfolgen, was erfahrungsgemäß eine Steigerung der Motivation zur Mitarbeit an regionalen Projekten bewirkt. Methoden wie die aktivierende Befragung, Aktionsforschung, erzählte Lebensgeschichte u.a. haben sich dabei bewährt.

Eine weitere Anforderung ist die Zusammenarbeit zwischen VertreterInnen der Basis und der Wissenschaft. Es geht z. B. darum, die lokale Sichtweise mit einer globalen Betrachtungsweise zu ergänzen; regionale Entwicklungen mit aktuellen Studien zu konfrontieren; aufzeigen von systematischen Zusammenhängen zwischen den Bereichen Kultur, Sozialem, Wirtschaft und Ökologie; Analyse verschiedener Interessenslagen zwischen lokalen und globalen Entwicklungen u.a. Aus vielen Erfahrungen wissen wir, dass dieser Prozeß für beide Seiten eine Herausforderung ist, aber letztlich vielschichtige Lernerfahrungen ermöglicht. Die WissenschaftlerInnen sind gefordert, ihr Instrumentarium sprachlich, methodisch und didaktisch für die ProjektmitarbeiterInnen auf verständliche Weise zu transformieren. Die ProjektmitarbeiterInnen sind gefordert, sich auf einen Reflexionsprozeß mit den Experten einzulassen, der sich möglicherweise nicht unmittelbar, sondern erst mittelfristig nutzbringend erweist.

Selbstbestimmte Regionalarbeit und Impulse von außen

Eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation erfordert sowohl Eigeninitiative der Betroffenen als auch Impulse von außen. Einerseits geht es um einen selbstbestimmten und selbstorganisierten Lösungsprozeß der Betroffenen, andererseits sind dazu aber Impulse und Unterstützung von außen erforderlich. In einem dialogischen Prozeß zwischen Betroffenen und BetreuerInnen sollen die Schritte zur Projektentwicklung wie Klärung der Motivation, Zielsetzung, Strategien, Aufgabenbereiche, Finanzierung, Projektstart u.a.m. bearbeitet werden. Die fachliche Betreuung unterstützt vor allem die soziale Prozeßbegleitung und gibt fachlich-strategische Hilfestellung. Für spezielle Sachfragen werden zusätzliche Experten einbezogen.

Regionale und überregionale Organisationsformen

Normalerweise gilt das Prinzip, je einfacher die Strategien umso effizienter. Eine Organisationsform, die eine dauerhafte Entwicklung initiieren und begleiten will, muß aber mehrere Ansprüche erfüllen. Es bedarf einer lokalen Organisation zur Motivierung und Koordination der Betroffenen und zur Verankerung vor Ort, als Anlaufstelle u.a.m. Es bedarf einer Organisationsform zur Kooperation auf

regionaler Ebene. Die Vernetzung und Bündelung der Akteure auf regionaler Ebene ist ein entscheidender Faktor im internationalen Wettbewerb. Weiters bedarf es einer Organisationsform, die einen überregionalen Austausch und Weiterbildung ermöglicht. Eine komplexe Organisationsform ermöglicht auch den Zugang zu Förderungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Eine Organisationsform ist dann effizient, wenn sie unter Einbeziehung der Betroffenen den laufenden Anforderungen gemäß flexibel weiterentwickelt wird. Nachdem Benachteiligungen einer Region, wie in der Situationsanalyse dargestellt, strukturell bedingt sind, kann eine nachhaltige Veränderung nicht durch „Einzelkämpfer“, sondern nur durch eine strategische Entwicklungsarbeit erreicht werden, wozu flexible und komplexe Organisationen erforderlich sind.

Erschließung von Förderungen

Insbesondere für die Initiierung neuartiger Projekte ist neben engagierten ProjektbetreiberInnen, einem guten Produkt oder Dienstleistung u.a. vor allem auch eine Startförderung erforderlich. Dazu bedarf es der Auseinandersetzung mit den Förderungsinstrumentarien der Gemeinden, Länder, des Bundes, der EU und der Aufbau von entsprechen Kontakten zu den Förderungsstellen. Zusätzlichen Bedarf an Mitteln gibt es vor allem für die Weiterbildung von ProjektmitarbeiterInnen und bewußtseinsbildenden Maßnahmen für die betroffene Bevölkerung. Voraussetzungen für die Entstehung der vielen Projekte im Waldviertel waren die Visionen einer eigenständigen Entwicklung, engagierte BetreuerInnen, die Suche nach Projekträgern und Projektideen, die diversen Startförderungen und die Begleitung in der Umsetzung.

Adäquate Aus- und Weiterbildung

Eine gute, spezifische Aus- und Weiterbildung ist ein wichtiger Baustein für nachhaltige örtliche und regionale Entwicklung. Es bedarf einer intensiven Auseinandersetzung mit z.B. folgenden Themen: Gesellschaftsanalyse, Leitbild der Organisation, Beratungsverständnis, Projektmanagement, Methoden, Gruppendynamik, Finanzierung, Förderungslandschaft, Besuche von Modellprojekten und Reflexion dieser, fachspezifische Angebote wie erneuerbare Energie, Tourismus, Landwirtschaft etc.

Suche und Kontaktpflege zu Kooperationspartnern

Durch Vernetzung mit ähnlichen Organisationen auf regionaler und überregionaler Ebene entstehen erhebliche Synergieeffekte und Wettbewerbsvorteile. Es geht um eine sachorientierte, auch spartenübergreifende Zusammenarbeit, die offen ist für Interessierte aller Parteien und Weltanschauungen.

Umfassende Öffentlichkeitsarbeit

Eine konstruktive Öffentlichkeitsarbeit für Aktivitäten und Projekte ist in mehrfacher Weise wichtig: Sie stärkt die Anerkennung der ProjektmitarbeiterInnen selbst; sie fördert das Ansehen bei Behörden und Politikern und schließlich dient sie als Anerkennung neuartiger Initiativen bei der Bevölkerung. Allerdings soll man Inhalte und auch die Zeitpunkte der Öffentlichkeitsarbeit selber bestimmen (es ist nicht jeden Tag „Tag der offenen Tür“). Ein falscher Zeitpunkt kann die Entwicklung eines Projektes erheblich behindern. Es bedarf einer gemeinsamen Konzepterstellung und einer klaren Verantwortlichkeit in der Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit.

Vorrang der Kultur in der Regionalentwicklung

Mit und in der Kultur gestalten wir die Zukunft unserer Gesellschaft. Kultur ist nicht nur wie wir leben, sondern auch wie wir leben wollen. Das bedeutet eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Ein Kulturverständnis ist so vielfältig wie die Lebensstile der Kulturträger und hat vielfältige Ausdrucksformen. Ein zeitgemäßes Kulturverständnis respektiert die unterschiedlichen kulturellen Ausdrucksformen. Kultur ist wesentliche Hilfe zur Lebensbewältigung. Kultur ist Gestaltung und Umgestaltung vorgefundener Lebensbedingungen. Eine so verstandene Kultur ermutigt die Menschen zur eigenen und gemeinschaftlichen Lebensgestaltung. Kultur und Kunst schaffen Selbstvertrauen, Identität und Erfindergeist, die auch der Grundstein für wirtschaftlichen Erfolg sind. Eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft hängt nicht sosehr vom technischen Fortschritt ab, als vielmehr vom "Erträumen" von Visionen, vom Nähren der Sehnsucht nach einer Welt mit gerechten Lebensbedingungen für alle Menschen.